



Parlamentssitzung vom 5. November 2018

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19:00 – 23:00 Uhr

Vorsitz

Heinz Nacht (SVP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Mathias Rickli (Grüne), 1. Vizepräsident
Cathrine Liechti (SP), 2. Vizepräsidentin
Heidi Eberhard (FDP), Stimmenzählerin
Katja Niederhauser-Streiff (EVP), Stimmenzählerin

Mitglieder des Parlaments

Elena Ackermann (Junge Grüne)
Franziska Adam (SP)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Tanja Bauer (SP)
Lucas Brönnimann (GLP)
Dominique Bühler (Grüne)
Adrian Burkhalter (SVP)
Adrian Burren (SVP)
David Burren (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Toni Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Katharina Gilgen-Studer (SVP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)

Andreas Lanz (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
Thomas Marti (GLP)
David Müller (Junge Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Arlette Mürner-Stauffer (SP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Mathias Robellaz (FDP)
Christian Roth (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Markus Willi (SP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Gemeinderat

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ruth Spahr und Eva Schmid, Muri, Korrektorat und Textbüro

Gemeindeschreiber

Pascal Arnold

Entschuldigt

--

Traktandum 1

PAR 2018/1

Traktandenliste und Mitteilungen

Diskussion

Parlamentspräsident Heinz Nacht: ich begrüsse alle Anwesenden herzlich im Rossstall. Ich beginne mit den Geburtstagskindern seit der letzten Parlamentssitzung. Geburtstag feiern durften: Casimir von Arx, Iris Widmer und Lucas Brönnimann. Mit einem kleinen Präsent wünsche ich allen viel Glück im nächsten Jahr.

Ich habe zwei Schreiben erhalten: „Rücktritt aus dem Parlament und der GPK. Sehr geehrter Präsident. Da es in der letzten Zeit immer mehr zu Terminkonflikten zwischen meiner parlamentarischen Arbeit, meiner Familie und dem Beruf gekommen ist, werde ich politisch etwas kürzer treten und von meinen Mandaten als Parlamentarier und auch als Mitglied der GPK auf 31.12.2018 zurücktreten. Ich wünsche dir und dem ganzen Parlament weiterhin eine erfolgreiche Legislatur. Vor allem aber wünsche ich mir für die Politik in Köniz einen breiten Konsens zu den Finanzen der Gemeinde. Es ist dringend nötig, jede Partei muss dabei ihre Verantwortung wahrnehmen und sich konstruktiv in die Diskussion einbringen. Mit freundlichen Grüssen, Thomas Marti.“

„Rücktritt aus dem Parlament. Werte Kolleginnen, wertige Kollegen, geschätzter Gemeinderat, nach einer relativ kurzen, aber recht intensiven Zeit in der Könizer Lokalpolitik, habe ich mich entschieden, aus dem Gemeindeparlament auszutreten und reiche deshalb per 31.12.2018 meinen Rücktritt ein. Während der Sommermonate hat sich für unsere Familie die Gelegenheit ergeben, eine Liegenschaft ausserhalb des Könizer Gemeindegebiets zu erwerben. Ebenfalls in diesem Zeitraum musste ich mich entscheiden, ein angebotenes Mandat anzunehmen, das zusätzlich Engagement und damit zeitliche Ressourcen benötigt. Beide Situationen sind für meine Familie und mich einschneidende Entscheidungen, die wir in den Herbstferien definitiv gefällt haben. Knapp fünf Jahre ist es nun her, seit ich das erste Mal im Parlament im Rossstall gesessen habe. Als Neuling ist mir der politische Betrieb anfangs sehr fremd erschienen. Die Mühen der Prozesse in der Könizer Gemeinde kamen mir sehr langsam und nicht sehr effizient vor. Als Frischling habe ich aber auch sehr viel Neues, Interessantes und unsere umfangreiche und vielfältige Gemeinde als komplexe, aber sehr gut organisierte Einheit kennengelernt. Sehr spannend und lehrreich habe ich die Tätigkeit als Kommissionsmitglied empfunden. Ich habe dabei lösungsorientierte, effiziente und sachliche Diskussionen miterlebt und mitführen können. Es wurde meistens Haltung und Meinung über die Parteigrenzen hinweg gefunden. Oftmals sind diese leider an den Fraktionssitzungen wieder revidiert und die entsprechenden Parteigrundsätze angepasst worden. Das Ergebnis war bisweilen diametral anders als dies einfach und pragmatisch nach Kommissionssitzungen ausgesehen hat. Dafür aber sicher mathematisch korrekt. Als besonders positiv möchte ich alle Begegnungen und Bekanntschaften mit Menschen hervorheben, die ich in der Zeit im Parlament kennenlernen durfte. In allen Direktionen, Parteien und Gremien sind Leute tätig, die sich für Köniz engagieren, die Herausforderungen annehmen und meistern wollen. Dazu wünsche ich allen Miliz- und Profipolitikern und der Belegschaft der Könizer Verwaltung weiterhin viel Erfolg, Geschick und das nötige Glück. Mit Interesse werde ich auch weiterhin die Entwicklungen und Geschehnisse mitverfolgen, aber leider nicht mehr mitgestalten können. Liebe Grüsse, Bernhard Lauper.“

Ruth Spahr hat als Protokollführerin in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet. Sie hat ihre Stelle per Ende 2018 gekündigt. Im Namen des Parlaments danken wir Ruth Spahr bereits jetzt für ihre gute Arbeit. Ich werde Sie über die Neubesetzung auf dem Laufenden halten. Mit den Fraktionen wurde vereinbart, die Verabschiedungen der Parlamentsmitglieder an der Dezembersitzung vorzunehmen.

Das heutige Musikstück, das ich vorspielen lasse, ist der „Alpenflug“ von Mani Matter, vorgetragen von Ueli Schmezer. Es geht mir hier darum, dass im Leben manchmal im Lärm, in dem man sich bewegt, die feinen, leisen Töne verloren gehen. Letzte Woche hat sich leider ein guter Kollege von mir das Leben genommen.

Es sind 40 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist somit beschlussfähig.

Der Aktenversand der Unterlagen für die heutige Sitzung fand am 11. Oktober 2018 statt. Mein Tagesziel ist, wenn möglich alle Traktanden beraten zu können. Nach Traktandum 7 entscheiden wir, ob es Sinn macht, alles zu beraten oder ob eine Folgesitzung am nächsten Montag notwendig sein wird.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Traktandum 2

PAR 2018/2

Protokoll der Parlamentssitzung vom 27. August 2018, Genehmigung Beschluss

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 27. August 2018 wird stillschweigend genehmigt.

Traktandum 3

PAR 2018/3

Protokoll der Parlamentssitzung vom 17. September 2018 Beschluss

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 17. September 2018 wird stillschweigend genehmigt.

Traktandum 4

PAR 2018/4

Bildungsreglement und Nachkredite Heilpädagogische Sonderklassen Köniz

Beschluss und Kredit; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Ausgehend von einer Anfrage der Erziehungsberatung Köniz an den Schulleiter der Koordinationsstelle des Spezialunterrichts, wurde das Angebot zur Führung von Heilpädagogischen Sonderklassen erstmals an der Junisitzung 2017 in der Schulkommission (SK) thematisiert. Das Führen von heilpädagogischen Sonderklassen ist auch in der Bildungsstrategie Köniz 2018-2024 festgehalten.

In der Folge wurde ein Betriebskonzept erarbeitet, das anlässlich der Klausur der SK in Kandersteg im Oktober 2017 dann offiziell behandelt wurde. Die überarbeitete Fassung wurde an der Dezembersitzung 2017 definitiv genehmigt. Damit erweitert Köniz seine Bildungsvielfalt.

Das entsprechende Gesuch wurde noch im Dezember 2017 bei der GEF eingereicht.

Mit Schreiben vom 2. Februar 2018 wurde die Betriebsbewilligung zur Führung der Sonderschule Heilpädagogische Sonderklassen Liebefeld Hessgut mit 2 Klassen zu je max. 8 Kindern erteilt.

Der ausgearbeitete Leistungsvertrag wurde am 6. Juli 2018 von der GEF unterzeichnet.

2. Änderung des Bildungsreglements

Durch dieses neue Angebot in der Bildungslandschaft Köniz erfordert es eine Anpassung des bestehenden Bildungsreglements.

In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Recht hat die Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport diese Änderungen vorgenommen. Sie sind aus der **Beilage 1** zu entnehmen.

3. Finanzen

Die Kosten der Heilpädagogischen Sonderschule Köniz werden über einen Leistungsvertrag von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) zurückerstattet, d.h. für die Gemeinde Köniz ist es kostenneutral.

Bei der Budgetierung 2018 war noch nicht bekannt, dass Köniz eine Heilpädagogische Sonderschule führen würde. Es ist deshalb auch kein Betrag ins Budget 2018 aufgenommen worden.

Für das Budget 2018 ist deshalb ein kostenneutraler Nachkredit auf folgenden Konten nötig:

- 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 374'340.00
- 3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 374'340.00
Nettokosten	CHF 0.00

Da zum Zeitpunkt der Budgetierung für das Jahr 2019 die Anzahl Klassen / Schüler noch nicht feststanden, wurde vorsorglich ein Betrag von CHF 350'000.00 unter dem Konto 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen ins Budget aufgenommen, welcher mit Einnahmen der GEF auf dem Konto 3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen gedeckt wird.

Die voraussichtlichen Kosten für die 2 Klassen mit je 8 Schülern betragen im 2019 CHF 497'150.00. Für das Budget 2019 ist deshalb ein kostenneutraler Nachkredit von CHF 147'150.00 auf folgenden Konten nötig:

- 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 147'150.00
- 3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 147'150.00
Nettokosten	CHF 0.00

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung des Bildungsreglements wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Das bereinigte Bildungsreglement tritt per 1. Dezember 2018 in Kraft.
3. Für die Heilpädagogischen Sonderklassen Köniz wird für das Jahr 2018 ein kostenneutraler Nachkredit zu Lasten folgender Konten bewilligt:
 - 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen CHF 374'340.-
 - 3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen CHF 374'340.-
4. Für die Heilpädagogischen Sonderklassen Köniz wird für das Jahr 2019 ein kostenneutraler Nachkredit zu Lasten folgender Konten bewilligt:
 - 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen CHF 147'150.-
 - 3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen CHF 147'150.-

Köniz, 12. September 2018

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Änderung des Bildungsreglements

Diskussion

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Die Unterlagen zum Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, liegen Ihnen vor. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Nach der Detailberatung erfolgt die Abstimmung. Mit E-Mail vom 29.10.2018 habe ich darauf hingewiesen, dass allfällige Anträge schriftlich zu erfolgen haben.

GPK-Referent Adrian Burkhalter, SVP: Mit dem Bildungsreglement und den Nachkrediten für die Heilpädagogische Sonderklassen Köniz erweitert die Gemeinde Köniz die Bildungsvielfalt. Wie kam es dazu? Der Kanton bewilligte das Gesuch der Gemeinde Köniz vom Dezember 2017, wonach Heilpädagogische Sonderklassen zu öffnen seien, sehr kurzfristig. Damals wusste man noch nicht, wie teuer diese zu stehen kommen. Der Nachkredit ist eine Folge davon für das Budget 2019. In diesem wurden 350'000 Franken eingestellt. Anhand des ersten Jahres wurde festgestellt, dass dies nicht ausreicht und man 497'000 Franken benötigt. Deshalb kam es zum Nachkredit. Eine Änderung des Bildungsreglements der Gemeinde Köniz ist wichtig, um die Sonderklassen führen zu können, sodass diese im Bildungsreglement verankert sind.

Zu den Kosten: Für die Gemeinde Köniz handelt es sich um ein Null-Summen-Spiel, weil seitens des Kantons die Ausgaben für Heilpädagogische Sonderklassen vollumfänglich rückvergütet werden. Die GPK hat mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zustimmend von diesem Geschäft Kenntnis genommen.

Parlamentspräsident Heinz Nacht hält fest, dass das Eintreten auf dieses Geschäft nicht bestritten wird.

Fraktionssprecher Mitte-Fraktion Andreas Lanz, BDP: Die Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Schulkommission für ihre initiative Vorgehensweise bezüglich der Heilpädagogischen Sonderklassen. Es scheint, als sei die kantonale Erziehungsdirektion wieder zur Einsicht gelangt, dass es neben der wünschenswerten Integration auch noch Heilpädagogische Sonderklassen braucht. Dies, nachdem alle Schülerinnen und Schüler jahrelang fast unabhängig von ihren speziellen Bedürfnissen hätten in die Regelklassen integriert werden sollen.

Die Mitte-Fraktion begrüsst die Schaffung der beiden Sonderklassen in der Schule Hessgut und wird den gemeinderätlichen Anträgen einstimmig zustimmen.

Wie den Unterlagen zu entnehmen ist, werden diese Klassen eine maximale Grösse von acht Kindern haben. Ich gehe davon aus, dass an diesen Klassen heilpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte tätig sein werden. Damit können die Schülerinnen und Schüler dieser Klassen ihren speziellen Bedürfnissen entsprechend gefördert werden. In einer Regelklasse mit 26 Schülerinnen und Schülern und einer Streuung zwischen hochbegabt und sozusagen kaum bildungsfähig ist eine solche Förderung nie möglich. An einer Sonderklasse können die betreffenden Schülerinnen und Schüler das lernen, was sie aufgrund ihrer geistigen Voraussetzungen lernen können. Positiv ist, dass die ganze Übung budgetneutral ist, sodass wir den Nachkrediten locker zustimmen können.

Auf eine Problematik möchte ich noch hinweisen: Damit Kinder einer Sonderklasse zugewiesen können, bedarf es auch der Einwilligung der Eltern. Gerade dies stellt aber häufig eine unüberwindbare Hürde dar. Es gibt Fälle, wo sich die Eltern mit Händen und Füssen gegen einen Wechsel ihres Kindes in eine Sonderklasse oder Sonderschule wehren. Diese Eltern möchten zwar das Beste für ihre Kinder; ihre Vorstellung, was das Beste ist, entsteht aber unter Umständen aufgrund gesellschaftlichen Drucks oder des Ansehens, aber nicht aufgrund der wirklichen Bedürfnisse ihrer Kinder. Dass diese Eltern mit einer Weigerung ihren Kindern eine Chance verbauen, sehen sie nicht ein. Falls ein Kind für eine Regelklasse tatsächlich untragbar ist, besteht die Möglichkeit, eine Gefährdungsmeldung zuhanden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zu machen. Dieses Vorgehen wird aber von Schulleitungen nur ungerne gewählt und kann dazu führen, dass die Rechte der Eltern massiv eingeschränkt werden. Aus meiner Sicht wäre ein Zwischenweg wünschenswert, indem zum Beispiel die Zuweisung an eine Sonderklasse durch Verfügung seitens einer Schulbehörde angeordnet werden könnte. Eine entsprechende Verfügung würde von den nicht einsichtigen Eltern möglicherweise besser akzeptiert als die gut gemeinte Empfehlung vonseiten Lehrer oder Schulleitung.

Fraktionssprecherin Grüne, Christina Aebischer: Köniz bekennt sich in seiner Bildungsstrategie zu Vielfalt und zu Integration. Für die Fraktion der Grünen ist ein integratives Schulsystem ein zentraler Wert, weil dieses ein wichtiger Pfeiler innerhalb einer integrativen Gesellschaft ist. Deshalb haben die Einführung der separaten Heilpädagogischen Sonderklassen und die vorliegende Reglementsänderung bei uns Anlass zu einer längeren Diskussion gegeben. Einerseits sehen wir im Kleinen diverse Vorteile, welche nicht von der Hand zu weisen sind. Köniz würde eben eine Lücke in dessen Bildungsangebot schliessen und ein Angebot schaffen, welches bisher auf dem Gemeindeboden noch nicht bestanden hat. Dies heisst klar, dass für die betroffenen Kinder die Schulwege kürzer und einfacher werden. Dies sowie die Nähe der Klassen kann eine Erleichterung für die Eltern beim Fällen des Entscheids darstellen, das Kind in die Heilpädagogische Sonderklasse zu schicken, sowie beim tagtäglichen Umsetzen.

Skepsis entsteht bei der Betrachtung der grösseren Tendenz. Bleibt denn Integration das oberste Ziel? Verleiht das neue Angebot nicht einer weiteren Segregation Vorschub, insbesondere wenn in einer so frühen Schulstufe bereits separiert wird? Wird aus einem Angebot nicht automatisch auch eine Nachfrage? Könnte dies dazu führen, dass künftig weniger Kinder innerhalb der Regelklasse verbleiben und dort heilpädagogische Unterstützung erhalten können? Wenn der Ausbau über weitere Stufen bereits angedacht und in diesem System eigentlich auch logisch ist, führt dies nicht dazu, dass Reintegration überhaupt nicht mehr angestrebt wird? Wir sind der Meinung, dass Köniz mutig einen anderen Weg hätte wählen und mehr auf die Karte «Unterstützung innerhalb der Regelklassen» hätte setzen können. Schlussendlich haben wir uns weitgehend davon überzeugen lassen, dass dieses Angebot einem Bedürfnis entspricht und dass es auch und vor allem der individuellen Förderung der betroffenen Kinder dient. Wir halten es für sehr wichtig, dass die Heilpädagogischen Sonderklassen in einem Schulhaus der Volksschule, im Hessgut, eingerichtet werden und nicht in separaten Schulen. Ein Minimum an Integration ist somit auf Schulhausebene möglich und auch so im Betriebskonzept angedacht – vage, aber immerhin. Es ist uns wichtig, und wir werden sicher beobachten, wie die Integration, wie sie eben beschrieben ist, denn auch wirklich stattfindet. In diesem Sinn wird die Fraktion der Grünen der Reglementsänderung sowie den Nachkrediten grossmehrheitlich zustimmen. Für diese Zustimmung gab ein wichtiger Faktor den Ausschlag, welcher eigentlich nicht positiv zu sehen ist, nämlich, dass die Abstimmung hier im Parlament ein formaler Nachvollzug einer geschaffenen Realität ist. Wir finden es nicht ganz in Ordnung, dass bei einer dermassen wichtigen Frage, bei welcher die Gemeinde durchaus einen Gestaltungsspielraum hat, das Parlament erst im Nachhinein über eine vollzogene Änderung abstimmen und somit eigentlich nur noch zustimmen kann, um das Ganze nicht zu gefährden.

Fraktionssprecherin SP, Astrid Nusch: Ich habe vieles vorbereitet, das sich eigentlich durchwegs mit dem Votum von Christina Aebischer deckt. Deshalb habe ich während des Votums von Andreas Lanz zu schreiben begonnen. Ich bin auch der Meinung, das Departement Bildung und Soziales (DBS) habe etwas verschlafen, weil die Reglementsänderung erst jetzt vorliegt. Soweit zu dem, was ich vorbereitet habe.

Nun zur Einschätzung von Andreas Lanz bezüglich Integration: Ich bin grundsätzlich anderer Meinung, dies aus eigener Erfahrung, da ich selber im Bereich der Integration von geistig behinderten Kindern tätig bin. Zudem wird dies auch durch die Studien Lanfranchi und Gérard Bless gestützt. Demnach sinkt das Leistungsniveau in den Klassen nicht, in welchen sich Kinder mit einer geistigen Behinderung befinden. Die Kinder profitieren enorm von der Integration. Insofern bin ich grundsätzlich anderer Meinung. Ausserdem besagt das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG; SR 151.3) klar, soweit dies möglich sei und dem Wohl der behinderten Kinder und Jugendlichen entspreche, seien Schulungsformen zu finden, mit welchen Kinder in der Regelschule gefördert werden können. Dies ist ein Gedanke, welcher der SP und auch den Grünen extrem wichtig ist: die Teilhabe aller Menschen an unserem System und innerhalb aller gesellschaftlicher Systeme.

Ansonsten werden wir grossmehrheitlich zustimmen, erwarten aber, dass die Heilpädagogischen Sonderklassen – wie es in der Bildungsstrategie formuliert ist – als Pilotklassen geführt werden und dementsprechend auch ein Evaluationsbericht vorgelegt wird.

Fraktionssprecher SVP, Fritz Hänni: Auch die SVP Köniz findet die Änderung des Bildungsreglements ein gutes Vorgehen. Erstens ist dies mit dem Angebot in der Gemeinde kostenneutral. Für die Schüler ist es sicher förderlich, keinen längeren Schulweg zu haben. Zudem ist das Hessgut sicher auch mit dem ÖV gut erreichbar. Wir finden dies eine sehr gute Sache und danken dem Gemeinderat und der Schulkommission für die gute Arbeit. Die SVP wird dem Bildungsreglement einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Ich äussere mich gerne, habe aber nicht unbedingt erwartet, dass eine Diskussion über den Artikel 17 des Volksschulgesetzes (VSG; BSG 432.210) lanciert wird. Ich habe jedoch immer gerne, wenn man auch darüber wieder sprechen kann. Ich möchte Folgendes dazu sagen: Die Integration hat ihre Grenzen. Ich habe die Klassen vor zwei Wochen besucht. Es ist sicher möglich, dass auch die Parlamentsmitglieder diese Klassen mit derzeit zweimal sechs Kindern besuchen können. Dort merkt man, dass eine Integration in Regelklassen praktisch eine Unmöglichkeit ist. So jedenfalls beurteile ich dies, wie viele andere übrigens auch. Sie müssen wissen, dass diese Kinder abgeklärt worden sind. Diese würden sonst eine andere Schule besuchen, vielleicht eine weiter weg gelegene. So ist dies denn auch entstanden. Die Gemeinde hat also nichts verschlafen, Astrid Nusch. Dies ist Teil der Bildungsstrategie. Sie haben diese auf dem Radar gehabt, und ich habe nichts in eigener Regie unternommen, ohne dass dies bekannt gewesen wäre. Ich habe dieses Geschäft Anfang 2018 übernommen und stehe natürlich voll und ganz hinter diesem. Verschlafen hat niemand etwas. Dies zur geschaffenen Realität.

Weiter muss ich erwähnen, dass der Kanton circa 120 Mio. Franken für die Integration ausgibt. 5 Mio. Franken gibt der Kanton für Hochbegabte aus; diese machen nur 1 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus, welche abgeklärt wurden und einen IQ von 130 aufweisen. Diesen habe ich wahrscheinlich nicht, ich sehe mich beim Durchschnitt. Schliesslich gibt es die anderen Kinder, die dort nicht erwähnt sind. Damit will ich sagen, dass man sehr vieles für die Integration tut, diese aber auch ihre Grenzen hat. Die Kinder erhalten alles, zum Teil sogar eine Eins-zu-eins-Betreuung. Nochmals: Bei meinem Besuch der Klassen mit den abgeklärten Kindern hat es mir gut getan zu sehen, dass diese Kinder dort eine Chance haben, dass sie eine Umgebung haben, selbstverständlich mit heilpädagogischer Betreuung. Aus den Kindern wird das herausgeholt, was möglich ist, und es kann vieles herausgeholt werden, auch wenn es mit dem IQ nicht stimmt oder andere körperliche Behinderungen vorliegen. Insofern ist es sicher ein Plus für die Gemeinde Köniz, ein solches Angebot zu haben.

Wenn man von Kostenneutralität spricht, muss man jeweils etwas aufpassen: Es ist zwar komplett kostenneutral. Doch manchmal gibt es Bereiche, bei welchen es heisst, der Kanton finanziere alles, während gleichwohl etwas an der Gemeinde hängen bleibt. Hier bleibt nichts an der Gemeinde hängen. Die Kantonsregierung ist sehr froh, dass Köniz dieses Angebot schafft, denn der Bedarf ist vorhanden; man benötigt noch mehr solche Plätze. Deshalb ging es auch sehr schnell mit dem Erteilen der Bewilligung, weil der Bedarf eben vorhanden ist. Der Kanton ist sehr froh, dass Köniz diese Klassen betreibt. Noch ein Beispiel, welches zeigt, dass alles finanziert wird: Man hat die Räumlichkeiten mit einer kleinen Holzdecke ausgestattet.

Die Rechnung hat der Kanton bezahlt. Strom und Wasser sind komplett finanziert. Dies ist eine gute Sache. Grösstenteils wird dieses Geschäft denn auch gut aufgenommen. Dafür danke ich Ihnen. Für die Kinder haben wir damit etwas Gutes getan. Vielen Dank.

Detailberatung

Art. 2

Keine Anträge oder Wortmeldungen.

Art. 37f

Keine Anträge oder Wortmeldungen.

Art. 37g

Keine Anträge oder Wortmeldungen.

Art. 37h

Keine Anträge oder Wortmeldungen.

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Wir stimmen gemeinsam über die Ziffern 1 und 2 des gemeinderätlichen Antrags ab. Die zweite Abstimmung umfasst die Nachkredite, gemäss den Ziffern 3 und 4.

Beschluss

1. Die Änderung des Bildungsreglements wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Das bereinigte Bildungsreglement tritt per 1. Dezember 2018 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

3. Für die Heilpädagogischen Sonderklassen Köniz wird für das Jahr 2018 ein kostenneutraler Nachkredit zu Lasten folgender Konten bewilligt:

- 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 374'340
- 3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 374'340
4. Für die Heilpädagogischen Sonderklassen Köniz wird für das Jahr 2019 ein kostenneutraler Nachkredit zu Lasten folgender Konten bewilligt:

- 3611.3611.73 Aufwand Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 147'150
3611.4511.70 Beitrag des Kantons an Heilpädagogische Sonderklassen	CHF 147'150

(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

Traktandum 5

PAR 2018/5

Bibliothek Stapfen Köniz, Aufwertung

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament**1. Ausgangslage**

Im August 2013 wurde die Interfraktionelle Motion (Grüne, SP, GLP) „Bibliothek ins Rappentöri“ eingereicht. An der Parlamentssitzung vom 28. April 2014 wurde die Motion als Postulat erheblich erklärt.

In Beantwortung des Postulates 1315 (Grüne, SP, GLP) „Bibliothek ins Rappentöri“ (s. Beilage 1) wurde im Bericht des Gemeinderates zur Parlamentssitzung vom 22. August 2016 unter Punkt 2 „Gemeinsame Lösung“ das Projekt wie folgt beschrieben:

„Dadurch entsteht die Gelegenheit, diese Räume in Zukunft der Bibliothek zuzuweisen. Obwohl sie höhenmässig gegenüber der Bibliothek leicht verschoben sind, können sie mit kleineren baulichen Eingriffen verbunden werden. Nach einer vorübergehenden Zwischennutzung als Psychomotorik-Unterrichtsraum, bis zu dessen Umzug in die Räumlichkeiten des Neubaus auf der Schulanlage Liebefeld Hessgut, stehen die ehemaligen Kindergartenräume im Gebäude Stapfenstrasse 13 voraussichtlich ab Herbst 2018 für die Vergrößerung der Bibliothek zur Verfügung. Hinzu kommt, dass auch der Aussenbereich des Kindergartens zukünftig der Bibliothek zugewiesen werden kann.“

Gleichzeitig ist vorgesehen, auch die bestehenden Lokalitäten der Bibliothek zu erneuern und zeitgemäss zu ergänzen.

Das Postulat wurde mit der Beantwortung entsprechend abgeschrieben.

Nach der Genehmigung des Projektierungskredites durch den Gemeinderat wurden die baulichen Massnahmen unter Berücksichtigung des Raumprogrammes und der betrieblichen Bedürfnisse im Detail abgeklärt, das Bau- und Ausführungsprojekt vorbereitet und die Baugesuchunterlagen erstellt.

Nach der Kreditgenehmigung kann mit den Ausführungsvorbereitungen (Detailplanung und Submissionen) begonnen werden.

Eine zeitgemässe Bibliothek als konfessions- und ethnieneutrale Einrichtung kann heute wesentlich zur Information und Integration beitragen. Mit dem diversifizierten Medienangebot und den öffentlich zugänglichen Anlässen erfüllt sie im Umfeld der Bildungslandschaft einen wichtigen Beitrag.

2. Aktueller Zustand der Bibliothek Stapfen

Die Bibliothek im Mehrzweckgebäude Stapfen wurde 1990 erstellt und eingerichtet. Die Räumlichkeiten und die Einrichtungen im Erd- und Untergeschoss an der Stapfenstrasse sind seit der Erstellung unverändert.

Inzwischen haben die elektronischen Medien und damit auch die Ansprüche an eine moderne Bibliothek das Benutzerverhalten wesentlich verändert.

Trotz dem Einsatz von elektronischen Medien und Hilfsmitteln sind die Platzverhältnisse eng.

Es fehlen aktuell flexibel nutzbare Zonen und Räume für Veranstaltungen, Ausstellungen, ruhiges Arbeiten, Bildungsangebote auch für Dritte (externe Vermietmöglichkeiten), usw.

Die Möblierung und die Einrichtungen haben nach über 25 Jahren ihre Nutzungsdauer erreicht, sie entsprechen teilweise nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Präsentationsmöbel fehlen, ebenso wie vielseitig nutzbare Bildschirme. Eine zeitgemässe, ansprechende Signaletik und eine automatische Medienrückgabeanlage stellen weitere Mankos dar.

Sowohl die Teppichböden wie die Beleuchtung sind nach über 25 Jahren sanierungsbedürftig.

Ein Teil der Arbeitsräume für die Mitarbeitenden befindet sich im schlecht und ungenügend belichteten Untergeschoss.

Die Möglichkeiten zur Trennung der Bereiche Kinder, Jugendliche, Erwachsene ist nur marginal möglich. Ebenso können die Räumlichkeiten als Lern- und Arbeitsorte für die verschiedenen Altersgruppen heute nur beschränkt genutzt werden.



Der sich im gleichen Gebäude befindliche Kindergartenraum ist im Rahmen der Neuorganisation der Schuleintrittsstufe (Integration in die Schulorganisation, Basisstufenmodell) frei geworden und steht zur Verfügung.

3. Umfeld und Konzept

Aktuell verfügt Köniz über vier Bibliotheksstandorte. Neben den kombinierten Schul- und Gemeindebibliotheken in Niederscherli, Niederwangen und Wabern ist die Gemeindebibliothek im Stapfen Köniz die Zentralstelle des Könizer Bibliotheksangebots. Der Kundenkreis umfasst neben den Schülerinnen und Schülern der Ortsteile Köniz, Liebefeld Spiegel, Schliern, rund die Hälfte der Könizer Bevölkerung. Davon sind über 3'500 eingeschriebene Bibliothekskundinnen und Kunden.

Auszug aus dem Bibliothekskonzept:

- *Bibliotheken gehören zu den wichtigsten Institutionen, wenn es um die Förderung der Basisqualifikation Lesen geht.*
- *Bibliotheken entwickeln sich immer mehr zu unentbehrlichen Partnern der Schulen.*
- *Wissen beruht auf Information, deren Menge rasant ansteigt. Bibliotheken tätigen eine Vorauswahl, garantieren hochwertige Information, ob aus Printmedien oder elektronischen Quellen, und vermitteln die immer wichtiger werdende Medien- und Recherchekompetenz.*
- *Bibliotheken sind heute gefragt wie noch nie. Bibliotheken erweisen sich als die meistgenutzten öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen, sogar vor Sportanlagen wie Hallenbäder oder Fussballstadien.*
- *Die öffentlichen Bibliotheken brauchen attraktive Räume, eine moderne technische Ausstattung und ein aktuelles multimediales Angebot.*

Rund 30'000 Medien stehen zur Verfügung davon Belletristik für Erwachsene in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch, Bilderbücher in 10 Sprachen, 70 Zeitschriften, Hörbücher, DVD's usw. Mit über 25'000 Besuchern pro Jahr sind die Bibliotheken von Köniz durchaus mit Sportveranstaltungen vergleichbar.

Als Bestandteil der Könizer Bildungslandschaft verstehen sich die Könizer Bibliotheken als Problemlöser in mehrfacher Hinsicht:

- Lese- und Sprachförderung als Unterstützung der Schulen.
- Integration der ausländischen Bevölkerung mit entsprechenden Angeboten.
- Medienkompetenz für Jung und Alt mit unschwelliger Unterstützung zur Nutzung von Internet und anderen elektronischen Medien.
- Die Bibliothek als Treffpunkt auch für Senioren bietet Erlebnisse und Kontaktmöglichkeiten.
- Es können neue Formen von Medien - zum Beispiel E-Book-Reader - ausprobiert werden.

4. Zum Projekt

Unter Einbezug der frei werdenden Flächen des ehemaligen Kindergartens wurde die Erweiterung der Bibliothek im Unter- und im Erdgeschoss geplant. Dabei berücksichtigt wurden auch die heute bekannten Entwicklungen im Bibliothekswesen. Die Leitsätze der Könizer Bibliothek und die bekannten Mängel der heutigen Räume sind in der Planbearbeitung ebenfalls eingeflossen.

Das Projekt sieht neben dem bisherigen Angebot attraktivere Flächen für Veranstaltungen vor.

Die Zonierung der einzelnen Bereiche (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Cafeteria) wird akzentuiert und mit Flächen für Schulsequenzen, Besprechungen, Veranstaltungen und stilles Arbeiten ergänzt.

Die aus der Gebäudegeometrie resultierenden Niveaudifferenzen der bestehenden Flächen bieten eine Reihe von differenzierten Räumen. Attraktivere und gut nutzbare Treppen und Sitzstufen ergänzen die horizontalen Flächen als Arena und Sitzgelegenheiten. Mit einer verbesserten Akustik und rundum erneuerten Oberflächen steht der Bevölkerung von Köniz nach der Aufwertung eine für die nächsten Jahre attraktive Bibliothek zur Verfügung.

Der rund 1.80m unter dem Niveau der Stapfenstrasse liegende Aussenraum soll als willkommene Erweiterung für die Sommermonate einbezogen werden.

Mit neu gestalteten und natürlich belichteten Büroräumlichkeiten erhalten die Mitarbeitenden zeitgemässe Arbeitsplätze. Die 6 Mitarbeitenden teilen sich 305 Stellenprozente, zusätzlich wird ein Arbeitsplatz für Lernende geführt.

5. Zum Betrieb

Das Benutzerverhalten und die Handhabung der Ausleihe und der Rückgabe der Medien haben sich in den über 25 Betriebsjahren verändert.

Neue Medien wie E-Book-Reader und Internet-Anwendungen sind neben den Papiermedien wesentliche Bestandteile der aktuellen Bibliothekslandschaft.

Mit der Aufwertung der Bibliotheksräume sollen auch entsprechende Installationen für Präsentationen und Veranstaltungen umgesetzt werden.

Für zukünftige Entwicklungen wie „open library“ (Zutritts- und Selbstbedienungssysteme) sind im Projekt die elektrischen Vorinstallationen ebenso berücksichtigt worden, wie auch mögliche räumliche Abtrennungen und entsprechend flexible Nutzungen.

6. Finanzen

Der Kostenvoranschlag ist nach Baukostenplan gegliedert; Kostengenauigkeit +/-10% (Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Oktober 2017. 98.1 Punkte (Basis Oktober 2015: 100 Punkte)

Zusammenfassung Anlagekosten

1 Vorbereitungsarbeiten, Abbrüche	CHF	90'000.00
2 Gebäude: Roh- und Ausbauarbeiten	CHF	970'000.00
3 Betriebseinrichtungen	CHF	10'000.00
4 Umgebung, Gärtnerarbeiten	CHF	36'000.00
5 Baunebenkosten Bewilligungen	CHF	16'000.00
9 Ausstattung, Möblierung	CHF	318'000.00
Total Anlagekosten inkl. MwSt.	CHF	1'440'000.00
abzüglich bereits bewilligter Projektierungskredit	CHF	-90'000.00
Total Kredit inkl. MwSt.	CHF	1'350'000.00

7. Termine

Das Baugesuch soll unmittelbar nach der Kreditgenehmigung eingereicht werden. Die Ausführung der Sanierungsarbeiten ist für 2019 vorgesehen und soll unter Berücksichtigung des Bibliotheksbetriebes mit kleinstmöglicher Beschränkung erfolgen.

8. Was geschieht bei Ablehnung

Die versprochene Attraktivitätsverbesserung der zentralen Bibliothek im Stapfen kann nicht realisiert werden.

Antrag

- Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:
- Für die Aufwertung der Bibliothek Köniz Stapfen wird ein Kredit von CHF 1'440'000.00 inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 3750.5040.0211, Kontobezeichnung Köniz Stapfen, Aufwertung Bibliothek bewilligt.
 - Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen, die im Laufe der Ausführung im Interesse des Werkes notwendig werden, vorzunehmen, sofern sie den Rahmen des Programmes und des Kredites nicht sprengen.

Köniz, 26. September 2018

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Fotodokumentation heutiger Zustand
- 2) Visualisierungen der geplanten Erneuerung
- 3) Projektpläne
- 4) Auszug aus dem Bildungsreglement
- 5) Bibliothekskonzept der Könizer Bibliotheken
- 6) Folgekostenformular HRM2

Diskussion

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Die Unterlagen zum Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, liegen Ihnen vor. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

GPK-Referent Bernhard Lauper, SVP: Wir von der GPK durften einerseits Gemeinderat Thomas Brönnimann und seinen Leuten von der Verwaltung einen Direktionsbesuch abstatten. Zudem fand vor 14 Tagen eine Informationsstunde statt. Andererseits setzten wir uns natürlich an der GPK-Sitzung selber mit diesem Geschäft auseinander.

Grundsätzlich erkennen wir zwei Handlungsrichtlinien, welche es notwendig machen, dass wir die Investition in die Bibliothek anschauen. Auf der einen Seite zeigt die als Postulat erheblich erklärte Motion offen, dass man anstatt einer Investition ins „Rappentöri“, gemäss der damaligen Diskussion, einen neuen Bibliotheksstandort schafft bzw. den bestehenden Standort saniert und erweitert. Dieses Vorgehen wurde vonseiten des Parlaments beschlossen. Auch hatte sich der Vorstand des Bibliotheksvereins mit dieser Vorgehensweise einverstanden erklärt. Das Parlament, der Gemeinderat und auch der Verein haben ein klares Statement für eine Bibliothek abgegeben und für eine Investition in deren Weiterentwicklung. Dies, weil die Bibliothek für die Gemeinde Köniz und vor allem für die Bildungslandschaft von Köniz einen wertvollen Beitrag leistet.

Die zweite Handlungsrichtlinie oder der zweite Grund, weshalb eine Investition in das Gebäude am Standort Stapfen notwendig ist, besteht darin, dass man in den 1990er-Jahren im Rahmen einer Bauernhausrekonstruktion vernünftige Räume zu bauen versucht hat. Diese Investition wurde seitens der Gemeinde getätigt, der das Gebäude gehört. Nach fast dreissig Jahren Nutzung sind nun Sanierungsmassnahmen notwendig. Ausserdem hat sich die Nutzung geändert. Früher befand sich ein Kindergarten im Gebäude, danach folgte ein Wechsel zu Psychomotorikräumen. Diese stehen nun frei, und der dadurch zur Verfügung stehende Platz könnte nun von der Bibliothek genutzt werden. Insofern sind der Handlungsbedarf und die Problemstellung offengelegt, und für die GPK ist verständlich, dass man etwas tun will und soll.

Die Lösungen sind im Geschäft dargelegt. Dabei erstaunt hat uns, dass nur eine Lösung vorliegt, jedoch keine Optionen vorliegen, sei es in Form einer Etappierung oder sonstiger Varianten. Dies ist uns aufgefallen. Darüber hinaus finden wir es gut, wie die Räume genutzt und insbesondere auch in Bezug auf das äussere Erscheinungsbild aufgewertet werden sollen, damit man die Bibliothek von aussen als solche erkennt, auch mit der Umzäunung Bärengaben. Die Frage nach den Folgen einer Ablehnung wurde uns nach mehrmaligem Nachfragen damit beantwortet, dass das Projekt nicht realisiert würde, eine Sanierung des Innenausbaus mit den Möbeln usw. früher oder später gleichwohl notwendig wäre. Dies ist auch für uns klar.

Bei den Finanzen ist eine Korrektur beim Antrag anzubringen. Es handelt sich nicht um 1,44 Mio. Franken. Davon ist nämlich der Projektkredit in Abzug zu bringen, sodass wir heute Abend noch über ein Investitionsvolumen von 1,35 Mio. Franken beschliessen.

Wie ist die ganze Sache im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) eingestellt? – Auch damit haben wir uns auseinandergesetzt. Zum Zeitpunkt der Postulatsantwort im Jahr 2017 waren für die Sanierung 765'000 Franken eingestellt. Wenn man im Protokoll nachliest, war denn auch davon die Rede. Im IAFP kamen dann 900'000 Franken hinzu, während uns der IAFP 2019 noch nicht vorliegt. Diesbezüglich ist aber von 1 Mio. Franken die Rede. Also haben wir dort einen doch massiven Fehlbetrag gegenüber dem, was im Investitionsplan eingestellt ist sowie gegenüber dem, was heute beantragt wird. Die Begründung hierfür lautete, der Aufwand sei massiv unterschätzt worden. Die Gegebenheiten seien durch die etwas spezielle Konstruktion der heutigen Bausubstanz mit den verschiedenen Höhen und dem vormaligen Versuch einer Rekonstruktion als Bauernhaus anders. So seien relativ massive Umbaumassnahmen nötig, welche entsprechende Kosten mit sich brächten, vor allem in Bezug auf die Erschliessung der zwei separaten Räumen, der frühere Kindergarten- und Psychomotorikraum. Letzterer sei auch geeignet, um ihn zum heutigen Bibliotheksraum hinzuzunehmen. Die Folgekosten sind ebenfalls sauber im Geschäft aufgeführt. Es handelt sich um 30 000 Franken an jährlichen Mehrkosten bzw. Mehraufwand.

Die GPK hat hierzu folgende Bemerkungen anzubringen: Die finanzielle Vorgabe wurde nicht genügend berücksichtigt. Auch trotz mehrfacher Korrektur im IAFP, im Investitionsplan der Gemeinde, werden die Vorgaben bei Weitem überschritten. Dennoch möchte die GPK unbedingt anbringen, dass eine Investition in die Bibliothek gut und sinnvoll wäre. Die Bibliothek leistet einen sehr wertvollen Beitrag für die Gemeinde, insbesondere für die Bildungslandschaft.

Zudem soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Bibliothek ihren Sparauftrag vollumfänglich umgesetzt hat. Sie hat es eigentlich verdient, dass die Investitionen im bereit gestellten Rahmen getätigt werden. Zum Abstimmungsergebnis innerhalb der GPK: Die GPK empfiehlt Zustimmung zum Antrag des Gemeinderats, allerdings mit einem etwas erklärungsbedürftigen Abstimmungsergebnis. Die Zustimmung kam nur mit 2 Stimmen zustande, während es 5 Enthaltungen gab. Dies ist doch eher unüblich für unser Gremium. Deshalb noch ein paar Worte dazu: Wie erwähnt, möchte die GPK, dass die Bibliothek unterstützt wird. Sie ist sich aber der speziellen Situation finanzieller Natur bewusst und würde es sehr begrüßen, wenn diese Investition im Rahmen des Investitionsplans erfolgen könnte. Wir haben aus vergangenen Geschäften gelernt. Deshalb lässt die GPK hier bewusst den politischen Spielraum zu. Wir gehen davon aus, dass das Geschäft heute Abend diskutiert wird. Wir haben es bereits bei anderen Geschäften erlebt, dass unsere Meinung schlussendlich etwas quer in der Landschaft stand. Aus diesem Grund haben wir denn auch nicht glasklar Stellung bezogen. Gebrannte Kinder scheuen bekanntlich das heisse Feuer.

Noch ein Satz zur Informationstätigkeit: Grundsätzlich begrüsst die GPK Informationsanlässe. Diese bringen sicher einen Mehrwert, was auch in diesem Fall so war. Wir haben aber das Gefühl, die GPK könne durchaus als mündig betrachtet werden. Im vorliegenden Fall sind wir aufgrund der Komplexität des Geschäfts zur Einschätzung gelangt, dass wir auch ohne die Informationsstunde ausgekommen wären. Wir wissen nicht genau, ob dies Zufall oder Absicht war, zumal die Information vor allem an die Fraktionen gerichtet war und nicht an die GPK. Dennoch finden wir Informationsanlässe eine sehr gute Sache. Man kann diese aber auch allgemein halten, das heisst über die Direktion, anstatt über einzelne Geschäfte hinweg.

Parlamentspräsident Heinz Nacht hält fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Fraktionssprecherin Grüne, Iris Widmer: Zuerst zu einem formellen Punkt. Mit Erstaunen hat die Fraktion der Grünen die Empfehlung der GPK zur Kenntnis genommen. Die Aufgabe der GPK ist es, zu prüfen, ob ein Projekt entscheidungsfähig ist. Diesbezüglich soll sie dem Parlament eine Empfehlung abgeben. Diese Frage kann man mit Ja oder Nein beantworten. Jetzt haben wir überwiegend Enthaltungen. Wir haben vom GPK-Sprecher gehört, weshalb dem so ist und können diesen Unmut ein Stück weit nachvollziehen. Wir sind aber der Auffassung, dieser Unmut müsse auf einer anderen Ebene angebracht werden als mittels Enthaltungen. Wir hoffen, dass es nicht die ganze Zeit so weitergehen wird. Wir möchten auch nicht, dass künftig immer zusätzliche Informationsabende stattfinden. So gut Informationen sind – der GPK-Sprecher hat es selber erwähnt: dies ist der Zweck der GPK. Wir bitten die GPK und den Gemeinderat, diesbezügliche Probleme, falls es solche gibt, anzugehen. Zwischen der FiKo und dem Gemeinderat lief es auch nicht immer rund. Dies wurde angegangen, und mir scheint, dies müsse auch bei der GPK möglich sein.

Nun zum Projekt: Die Fraktion der Grünen erachtet die Vorlage als entscheidungsfähig. Die Bibliothek wurde 1991 eröffnet, und nach fast dreissig Jahren besteht unbestritten massen Sanierungsbedarf. Zudem haben sich die Bedürfnisse der Bibliothek grundlegend geändert. Eine Bibliothek umfasst heute mehr als nur ein Ausleihen von Büchern. Ihre Rolle für eine Gemeinschaft hat sich neu definiert. Die Institution Bibliothek ist eine zentrale Partnerin der Gemeinde geworden, wenn es darum geht, Gemeindeaufgaben zu erfüllen, sei es im Bereich der Leseförderung, des demografischen Wandels oder sei es in den Bereichen Integration und Transformation ins digitale Zeitalter. Dies alles ist im Bibliothekskonzept, welches unseren Unterlagen beiliegt, gut dargelegt, und ich möchte auf eine Wiederholung verzichten.

Das vorliegende Projekt ist aus unserer Sicht ein schönes und wichtiges Projekt. Der Umbau trägt substantiell dazu bei, dass die Bibliothek ihre vielfältigen Aufgaben künftig besser erfüllen und den Ansprüchen der Kundschaft gerecht werden kann. In seiner einladenden Ausgestaltung führt das Projekt eindeutig zu einer Aufwertung des Ortskerns. Leider besteht einmal mehr eine Diskrepanz zwischen den Planzahlen und dem tatsächlich beantragten Kredit; der GPK-Sprecher hat dies erwähnt. Die Begründung für diese massive Überschreitung lautete am Informationsabend, der alte Gemeinderat habe immer zu tief eingestellt, die Direktion selber stelle immer tief ein, um Begehrlichkeiten von vornherein abzuwürgen. Weiter habe sich der sehr erfahrene Architekt der Verwaltung erheblich in den Kosten getäuscht, insbesondere betreffend die Möblierung. Dies alles ist ehrlich gesagt nicht sehr vertrauenswürdig, und man fragt sich, wie verlässlich die Zahlen im IAFP überhaupt sind.

Im Dezember wird dem Parlament der nächste IAFP vorgelegt, und die Fraktion der Grünen erwartet realistische und stichhaltige, geprüfte Zahlen. Der IAFP soll eine Gesamtschau über die Einnahmen und geplanten Projekte bieten sowie über deren Finanzierung.

Pro Aufgabe wird analysiert, wie sich Umfang und Qualität der erwarteten Leistung voraussichtlich verändern werden und welche Auswirkungen dies auf die Finanzentwicklung hat. Je näher ein Projekt kommt, desto genauer kann man doch dessen Finanzbedarf beurteilen. Angesichts der knappen Finanzen wird vom Gemeinderat eine genauere Einschätzung erwartet. Zudem wird er künftig viel mehr auf diesen Zahlen behaftet werden. Trotz allem ist die Fraktion der Grünen der Auffassung, dass es sich um ein wichtiges Projekt für eine breite Bevölkerungsschicht handelt und die Gemeinde für das eingesetzte Geld doch viel erhält. 1,3 Mio. Franken scheinen uns – gemessen an anderen, hier im Saal bereits bewilligten Krediten – auch nicht überrissen. Die Fraktion der Grünen stimmt der Vorlage deshalb einstimmig zu.

Fraktionssprecher Mitte-Fraktion, Thomas Marti: Es freut mich ausserordentlich, dass wir heute besonders viele Gäste haben. Ich möchte meine Interessenbindung offenlegen. Ich bin Vorstandsmitglied des Vereins der Könizer Bibliotheken. Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats für den Kredit über 1,35 Mio. Franken zustimmen. Wie sind wir zu diesem Schluss gekommen? Es liegt ganz sicher nicht daran, dass uns der Antrag in Bezug auf das Kapitel „Finanzierung“ überzeugt hätte. Aus unserer Sicht ist dieser unvollständig, was ein klarer Mangel ist. Wir fordern den Gemeinderat hier auf, dem Parlament keine Kreditanträge mehr vorzulegen, welche unter dem Kapitel „Finanzierung“ neben den Kosten nicht auch die eingestellten Mittel für die Investitionen und mögliche Kompensationen offengelegt werden. Dies hätte diesem Geschäft mit Sicherheit sehr gut getan.

Nun zum Projekt: Die Räume der Bibliothek Stapfen haben ein gewisses Alter. Die Räume sind nicht schlecht, das darf man so sagen, aber sie stammen aus einer Bibliothek der 1990er-Jahre. Dies ist zwar nicht schlecht, und die 1990er-Jahre waren auch keine schlechten Zeiten, aber die Zeiten haben sich halt geändert. Dazu vielleicht eine kleine Anekdote. In den 1990er-Jahren glaubte eine Mehrheit der Bibliothekswelt, dass sich Bibliotheken über den Verleih von CDs, Videos und DVDs zu einem guten Teil selber finanzieren können. Dies gab es aber in dieser Form nie. Heute würde ich keine fünf Franken mehr darauf verwetten, dass in fünf Jahren im Stapfen noch ein „James Bond“-Film ausgeliehen werden kann. Die 1,35 Mio. Franken werden also dafür investiert, dass die Bibliothek Stapfen zukunftsgerichtet planen kann. In der Zukunft der Bibliotheken gibt es weniger Bücher. Sie haben dies anhand der Visualisierungen des Projekts gesehen. Es wird aber Räume für Besprechungen und Schulungen geben, beispielsweise zum Thema Medienkompetenz. Jugendliche erlernen den Umgang mit dem Internet, ältere Leute lernen, wie sie ihre Grosskinder bei den Hausaufgaben mit „Scratch“ unterstützen können. Den Vereinen stehen Räume für Versammlungen zur Verfügung. Eltern können in der Cafeteria in Ruhe Zeitung lesen, während ihr Nachwuchs auf spielerische Weise lesen lernt. Dies alles ist nur mit dem vorliegenden Projekt möglich. Ohne dieses wären auch noch in zehn Jahren unschuldige Bibliothekskunden durch die Wendeltreppe an Leib und Leben gefährdet. Ich persönlich bin überzeugt, dass dieses Projekt die günstigste Lösung für die Gemeinde ist, um an einer zentralen Lage einen solchen Ort zu schaffen. Soviel ich weiss, verfügt die Gemeinde über keine vergleichbaren Räume im Zentrum. Ein Neubau kommt aus Kostengründen sowieso nicht infrage. Ich bin auch überzeugt, dass die Gemeinde einen solchen Ort braucht, und zwar nicht morgen, sondern heute. Dies alles sind für die Mitte-Fraktion gute Gründe, um dem vorliegenden Kredit zuzustimmen. Wir hoffen, dass es die Mehrheit des Parlaments auch so sieht.

Eine Rückweisung – es liegt ja ein Rückweisungsantrag vor – lehnen wir ab. Eine solche würde nur zusätzliche Planungskosten verursachen. Infolge einer Reduktion könnten zentrale Elemente dieses Projekts, wie beispielsweise die Verbindung zwischen dem Kindergarten und dem Untergeschoss der Bibliothek, nicht realisiert werden. Wir sind der Meinung, dass so nur Geld versenkt würde, was wir uns in der heutigen Finanzlage sicher nicht leisten können.

Fraktionssprecherin FDP, Erica Kobel-Itten: Ich bin fassungslos. Man ist nicht mit der GPK einverstanden, man findet, diese solle sich anders verhalten. Dies kann ich unterstreichen. Man ist auch nicht mit den Finanzen einverstanden und findet, man solle sich mehr an den IAFP halten. Damit bin ich einverstanden. Doch: Okay, für einmal geben wir doch eine halbe Million mehr aus. Nehmen Sie so die Verantwortung für unsere Gemeinde wahr? – Die FDP. Die Liberalen ist sich der Wichtigkeit einer Könizer Bibliothek auch bewusst. Mit den Standorten Niederwangen, Niederscherli und Köniz haben wir ein gutes, ausgebautes Bibliothekennetz, welches es der Bevölkerung von Köniz erlaubt, ihren Bedarf an Lesestoff oder im Moment vielleicht eher an Filmen und weiteren mit der Bibliothek verbundenen Dienstleistungen in zumutbarer Nähe zu stillen. Ausserdem haben wir gute Bibliotheken. Wir sind uns auch bewusst, dass mit der Übernahme der Kindergartenräumlichkeiten ein zusätzlicher Sanierungsbedarf entsteht.

Dennoch erinnern wir daran, dass zum Beispiel in der Antwort auf das Postulat „Bibliothek ins Rap-pentöri“ damals, vor zwei Jahren, unter anderem gesagt wurde, dass der vorhandene Raum nach wie vor für eine moderne Bibliothek genügen würde. Soweit, so gut. Dieses Geschäft, vor allem der uns hier vorgestellte Kredit, ist, schön ausgedrückt, extrem mutig. Wenn ich es sagen würde, würde ich geradezu von frech sprechen. 1,44 Mio. Franken, also fast anderthalb Millionen Franken, zur Sanie-rung einer Bibliothek, welche nicht zusammenzuberechnen droht, wenn man eintritt – dies ist aus meiner Sicht einfach unfassbar. Natürlich, in Anbetracht aller Details, welche dieses Projekt in sich hat, läuft einem das Wasser schon im Mund zusammen. Aber, liebe Anwesende, hat denn irgendjemand von euch eine Euro-Million gewonnen? Denn das, was uns hier vorliegt, können wir uns im Moment ein-fach nicht leisten. Punkt! Es ist noch nicht lange her, als wir ebenfalls in diesem Saal unter denselben Leuten über die Finanzen der Gemeinde diskutiert und ein Paket mit Aufgaben an den Gemeinderat und die Verwaltung beschlossen haben, bei welchen es um das rigorose Sparen und die Überprüfung von Aufgaben ging. Nun liegt uns hier das bibliotheksche Traumschloss vor. Offenbar waren die Ver-antwortlichen dermassen entspannt am Basteln in einem Ruheraum der Bibliothek, sodass ihnen der Bezug zur Realität total abhanden kam. Aus meiner Sicht haben sie den Bibliotheken damit einen Bärenienst erwiesen. Im IAFP – dies ist bereits vom GPK-Sprecher erwähnt worden – waren im Jahr 2017 rund 700'000 Franken und im Jahr 2018 rund 900'000 Franken eingestellt. Auch dies sind stolze Beträge. Weshalb das Projekt nun nochmals teurer zu stehen kommt, ist uns ein Rätsel. Nein, es ist kein Rätsel, wir können schon nachvollziehen, weshalb das Projekt letzten Endes teurer zu ste-hen gekommen ist. Das darf aber einfach nicht sein! Der IAFP dient dazu, dass die dort eingegebenen Beträge ein bisschen der Realität entsprechen sollten! Diese sollten auf sachlichen Annahmen basie-ren. Der IAFP ist ein wichtiges Finanzinstrument, ein wichtiges Instrument unserer Gemeinde, um in der Gemeinde überhaupt eine nachhaltige Finanzpolitik zu machen, um zu wissen, was auf uns zu-kommt und um zu schauen, wo wichtige Punkte gesetzt und wo etwas nachgelassen werden muss. Dies ist der IAFP. Dadurch, meine Damen und Herren, dass sich die Gemeinde immer wieder nicht an die eingegebenen Beträge hält – dies ist nicht das erste Mal, es ist keine Ausnahme –, wird der IAFP zu einer Farce. Wir brauchen diesen gar nicht mehr. Eigentlich brauchen wir auch kein Budget, da wir ohnehin machen, was wir wollen oder was die Verwaltung will. Ist dies denn wirklich der Weg, wel-chen wir brauchen, um zu einer finanziell wieder gesunden Gemeinde zurückzukommen? Als Mitglied der Finanzkommission kann ich zu einem solchen Kredit schon jetzt nur Nein sagen. Dies geht ein-fach nicht! Es geht nicht wegen des Kredits und der Finanzen. Offenbar kommt noch hinzu, dass die Bibliotheken ihren Auftrag enorm auszuweiten gedenken. Aber noch liegt der Auftrag, das Lesen und Schreiben zu vermitteln, bei den Schulen! Und noch liegt der Auftrag von Veranstaltungen, dem Be-treiben von Organisationen oder Veranstaltungen auch bei den Beizen. Diese haben wir nämlich auch noch. Wenn wir dort enorm viel Geld in den Aufbau solcher Dienstleistungen investieren, führt dies letztlich – wie man zwischen den Zeilen lesen kann – dazu, dass man in den Betriebs- und Jahres-rechnungen zusätzliche Ausgaben hat. Es wird zu erhöhten Personalkosten kommen, nicht nur wegen des Betriebes der zusätzlichen Dienstleistungen, sondern auch wegen der Öffnungszeiten usw. Die Frage, ob wir uns dies leisten können oder nicht, können Sie selber beantworten.

Woher wird dieses Geld genommen? Wo wird es kompensiert? Vielleicht durch die Schliessung von Aussenstandorten? Auch hier müssen wir sagen: Nein, dies kommt nicht infrage. Wir brauchen funkti-onstüchtige Bibliotheken mit einem optimierten Betriebskonzept und einer ebenso funktionstüchtigen Infrastruktur. Damit sind wir auch einverstanden. Einer baulichen Sanierung im Rahmen von dem im IAFP 2018 festgelegten Betrag können wir zustimmen. Weil das uns hier vorgelegte Projekt dem nicht entspricht, weisen wir das Ganze zurück.

Auf den Antrag, den Sie auf dem Tisch vor sich liegend haben, gehe ich nicht näher ein. Zu sagen, entweder gebe es die Bibliothek für 1,5 Mio. Franken, oder es gebe sie nicht, das ist in meinen Augen nichts anders als „Stierengrinderei“.

Fraktionssprecher SVP, David Burren: Die Bibliothek, ein Ort zum Verweilen, ein Ort zum Entspan-nen, ein Ort zum Lesen, ein Ort, wo man diverse Medien ausleihen kann, ein Ort, wo man in eine an-dere Welt abtauchen kann. Es gibt noch eine Menge weitere Punkte, die für eine gute Bibliothek spre-chen. Ich bin Vater von vier Kindern und kann selber erleben, wie gerne sie nach Köniz oder Nieder-scherli pilgern, um dort etwas auszuleihen. Die gemachte Aussage, wonach das Lesen für alle eine gute Sache sei, kann ich nur unterstützen. In den Unterlagen wird denn auch auf eine rege Besucher-zahl von über 25'000 Personen hingewiesen, was doch sehr zu begrüßen ist. Alles schön und gut. Deshalb kommen mir das Geschäft und der Antrag des Gemeinderats ein wenig wie der bekannte Ausspruch „Wolf im Schafsfell“ vor.

Wer was ist, muss ich wohl gar nicht erwähnen. Wie schon erwähnt, haben meine Kolleginnen und Kollegen von der SVP und ich sicher gar nichts gegen eine gute Bildung unserer Kinder und von Erwachsenen, zu der eine gute Bibliothek, wie sie in unserem Bildungsreglement festgelegt ist, mit dem nötigen Angebot beiträgt. Ohne lange um den heissen Brei herumzureden, ist es aber der Betrag von 1,44 Mio. Franken für dieses Projekt, an dem wir uns gewaltig stören und auch, wie uns dieses präsentiert wird.

Im August 2016 wurde das Postulat von den Grünen, der SP und der GLP „Bibliothek ins Rappentöri“ beantwortet und abgeschrieben. Dies haben wir bereits gehört. In der Antwort steht – um nur ein paar kleine Dinge zu erwähnen –, dass eine Vergrösserung und Anpassung an die Platzansprüche im Stapfen durch die frei werdenden Räume im Herbst 2018 angegangen werden können. Die Idee, die Bibliothek ins Rappentöri zu verlegen, hat man aus finanziellen Überlegungen streichen können, was absolut Sinn macht. In der anschliessenden Diskussion wurde von pragmatischen, angepassten und der Flughöhe entsprechenden Lösungen gesprochen. Auch war vonseiten des Gemeinderats die Rede „von keinen Traumprojekten“ und dass man realistische Lösungen suche. Noch erwähnen möchte ich einen Absatz aus dem Votum von Barbara Thür, GLP, die nicht mehr hier im Saal ist. Ich lese diesen vor: „Evaluiert werden sollen verschiedene Möglichkeiten. Dem Parlament wird dann ein ausgearbeitetes Projekt zum Entscheid vorgelegt. Dabei sind gemäss Gemeinderat Urs Wilk neben der allgemeinen Modernisierung und Renovation der Bibliothek die Verbesserung und die Attraktivität der Zugangssituation wichtige Bestandteile.“ Jetzt kommt es: „Die Kosten für das Projekt am bestehenden Standort sollen dabei deutlich unter 1 Million. Franken liegen.“ Meine Frauen und Männer, Sie haben richtig gehört: „Die Kosten für das Projekt sollen unter 1 Mio. Franken liegen.“ Das Postulat wurde so einstimmig abgeschrieben. Jetzt haben wir das Resultat vor der Nase, mit einem guten Drittel mehr, nämlich mit insgesamt 1,44 Mio. Franken. Wenn man die 10 Prozent dazu nimmt, welche sowieso gebraucht werden, sind wir bei fast 1,6 Mio. Franken. Ich will mich gar nicht zu Möglichkeiten äussern, welche man hätte oder eben nicht hätte wahrnehmen sollen. Dafür haben wir eine Projektierung mit entsprechendem Personal. Diese konnte uns leider kein vernünftiges Projekt für die im IAFP 2018 eingestellten 900'000 Franken plus 10 Prozent, was 1 Mio. Franken ergibt, präsentieren. Für mich als Neuling in diesem Parlament wäre es sehr wünschenswert, nein, sogar zwingend, dass der Betrag gemäss dem IAFP in den Unterlagen aufgelistet ist, so wie wir uns dies von anderen Geschäften gewohnt sind. Man wird den Verdacht nicht los, es sei nach dem Motto vorgegangen worden: „Wir führen diesen Betrag nicht auf, vielleicht merkt es dann keiner.“ Ich weiss nicht, ob eventuelle Umlagerungen von Geldern aus anderen Konten des IAFP gar nicht angedacht wurden oder eben nicht möglich waren. So hätte man sich vielleicht im Rahmen des Budgets mit diesem Geschäft bewegen können.

Vonseiten GPK – auch dies ist bereits erwähnt worden – hätten wir uns eine klarere Haltung zu diesem Geschäft gewünscht. Bei so vielen Enthaltungen ist diese leider wenig aussagekräftig. Liebe Frauen und Männer, wenn wir das Geschäft, wie es hier vorliegt, durchwinken, muss ich mich schon fragen, wofür man sich die Zeit nimmt, ein Budget, einen IAFP zu machen, geschweige denn an einer Monster-Budgetdebatte teilzunehmen, an welcher von fast allen Seiten ein grosser Sparwille an den Tag gelegt wird, wenn der Sparauftrag, den der Gemeinderat erhalten hat, zwei Monate später wieder über den Haufen geworfen wird. So kann ich gleich zu Hause bleiben und meinen Kindern vielleicht „Der Wolf und die sieben Geisslein“ vorlesen. In meinem Wahltext vom Herbst 2017 hatte ich „für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt“ als Punkt aufgeführt. Dafür setze ich mich ein. Deshalb kann ich dieses Geschäft so nicht durchgehen lassen. Zwar würde ich auch gerne Ja stimmen, das können Sie mir glauben. Geschenke zu machen, ist immer schön. Wenn es ums Zahlen geht – und irgendwann einmal muss bezahlt werden –, kommt es zu einem bösen Erwachen im Sinne des eher landwirtschaftlichen Mottos: „Mähen und Schulden machen kann jeder, aber einfahren und zahlen, das steht auf einem anderen Blatt Papier.“ Ich und die ganze Fraktion der SVP sind weder gegen eine zeitgemässe Bibliothek noch gegen eine Erneuerung und Renovation, aber dies bitte schön nach den Vorgaben des IAFP, sprich mit den rund 900'000 Franken und nicht nach Träumereien und Wünschen von einzelnen Personen. Für die Bibliothek, die ihre Arbeit wirklich gut macht und ein sinnvolles Angebot in der Gemeinde Köniz darstellt, ist es schade. Alles andere als eine Ablehnung des Kredits von 1,44 Mio. Franken und eine Neuprojektierung gemäss dem IAFP 2018 im Betrag von 900'000 Franken wäre ein grosser Widerspruch seitens von uns allen hier. Aus all diesen Gründen lehnen wir den Bericht und den Antrag des Gemeinderats ab und stellen gemeinsam mit der FDP einen Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft, so wie Ihnen dieser auf dem Tisch vorliegt.

Fraktionssprecherin SP, Vanda Descombes: Die Bibliothek hätte eine Sanierung wirklich verdient, denn dort wird gute Arbeit geleistet. Für uns ist sie wichtig und das Projekt ist attraktiv.

All das wäre super, wären da nicht die Finanzen, wären da insbesondere nicht die Verhaltensweisen, die wir so nicht akzeptieren können. Die SP-Fraktion stört sich weniger am Projekt an sich, als am Vorgehen und den Begründungen für den Preis.

Der geforderte Kredit entspricht nicht den im IAFP dafür eingestellten Mitteln, er ist massiv höher. Eigentlich bestehen klare Regeln, wie budgetiert werden muss. Mich interessiert Folgendes: Wenn hier ein Wettbewerb stattgefunden hätte, würde uns interessieren, mit welchen Kostenvorgaben dieser Wettbewerb eingeleitet wurde. Der viel höhere Kredit wurde uns begründet, wie vom GPK-Referenten bereits erwähnt. Mich erstaunt trotzdem: Das Gebäude wurde bereits saniert, zum Teil von denselben Personen, die dieses Haus bestens kennen. Dass Brandschutz, neues Mobiliar und Elektronik notwendig sind, ist klar. Ich sehe nicht, wo die Schwierigkeiten sind, dies sauber zu budgetieren, denn es gibt keine Überraschungen. Bei Sanierungen kommen immer wieder Überraschungen zum Vorschein, das wird jedoch jeweils mit einem Unsicherheitsfaktor von $\pm x$ Prozent eingeplant. Ob der Preis des Umbaus gerechtfertigt ist, können wir nicht beurteilen, weil weder ein Vergleichswert noch Alternativen vorhanden sind.

Damit komme ich zu weiteren Aussagen, die von der SP-Fraktion so nicht akzeptiert werden können: Der fehlende Wille, in Varianten zu denken, sondern „es ist dieses Projekt oder gar keines“, ansonsten gibt es nur eine Pinselrenovation. Das ist in unseren Augen Erpressung und ein Spiel mit der Annahme, dass uns die Bibliothek so wichtig ist und wir diese Kröte schlucken. Wir haben keine sachliche Erklärung erhalten, weshalb nur die vorliegende Variante möglich ist. Ebenfalls stört uns die bewusst tiefe Budgetierung. Bewusst tief budgetieren, damit nicht mehr ausgegeben wird, kann eine Art Erziehungsmassnahme sein, die fahrlässig ist. Damit müsste befürchtet werden, dass auch bei anderen zu tief budgetierten Projekten die eingestellten Beträge nicht stimmen und hohe Nachkredite zu erwarten sind. Wie soll so eine vernünftige Budgetdebatte geführt werden?

Schliesslich noch zur Vorinformation: In der Vergangenheit wurden zu komplexen Geschäften tatsächlich Vorinformationen abgegeben, daran ist an sich nichts Schlechtes. Die SP-Fraktion wünscht sich nun nicht zu jedem Geschäft, das allenfalls im Parlament kritisch beurteilt werden könnte, Vorinformationen. Das vorliegende Geschäft ist nicht speziell komplex. Wir vertrauen darauf, dass die GPK seriöse Vorprüfungen vornimmt und das sollte genügen. Interessanter sind hingegen jene Vorinformationen oder Informationsveranstaltungen über vergangene und künftige Vorhaben, wie sie die DPV anbietet.

Zur Haltung der SP-Fraktion: Sie unterstützt grundsätzlich die Bibliothek. Sie trennt hier klar zwischen Geschäft und Art und Weise des – von mir nun genügend kritisierten – Vorgehens. Die SP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag mehrheitlich ab.

Casimir von Arx, glp: Als wir vor kurzem über den Spielplatz Wabern berieten, habe ich im Namen der Mitte-Fraktion festgehalten, dass wir den Gemeinderat nicht auf den im IAFP eingestellten Betrag behaften wollen, weil wir ihm keinen Anreiz setzen wollen, unnötig hohe Mittel im IAFP einzustellen, um jeweils auf der sicheren Seite zu sein. Ich hielt auch fest, dass eine gewisse Ungenauigkeit im IAFP vertretbar ist, dass sie jedoch nicht immer in dieselbe Richtung gehen darf. Beim Spielplatz hat der Gemeinderat knapp 38 Prozent mehr beantragt als im IAFP eingestellt war. Für die Bibliothek Stapfen sind gemäss dem GPK-Referenten im IAFP 2018 900'000 Franken eingestellt, beantragt werden nun Gesamtkosten von 1,44 Millionen Franken, was 60 Prozent Mehrkosten entspricht.

Die Mitte-Fraktion hat sich dagegen entschieden, bei diesem Projekt den Übungsabbruch einzuleiten. Auch wir wollen aber, dass sich etwas ändert und fordern den Gemeinderat daher auf, dass bei künftigen dem Parlament vorgelegten Investitionskrediten, wo der beantragte Kredit wesentlich vom im IAFP eingestellten Betrag abweicht, von sich aus die Gründe für die Abweichung darlegen soll und aufzeigen wie er im Fall einer Abweichung gegen oben die Mehrkosten in einem anderen Projekt kompensieren will oder er soll günstigere Varianten anbieten.

Bernhard Lauper, SVP: Ich persönlich bin der Ansicht, dass es richtig ist, in die Sanierung der Bibliothek zu investieren. Aber: Ich bin der Ansicht, dass das hier vorgelegte Vorgehen zurzeit System hat. Wenn es um Schulanlagen, Sportplätze, Spielplätze oder wie hier um eine Bibliothek geht, wird es emotional. Bei Sanierungen wie beispielsweise beim Schulhaus Mengestorf, bei der Erstellung von überissenen Garderobenbauten oder bei Spielplatzsanierungen, wo ein 300-jähriger Muschelschalenbrunnen für x 10'000 Franken, wird auf Polemik gemacht und an die Emotionen von linker oder rechter Seite appelliert. In meinem Votum zum Legislaturplan des aktuellen Gemeinderats habe ich das Vertrauen in den Gemeinderat zu betonen versucht. Das Vorgehen des Gemeinderats zu diesem Geschäft ist jedoch nicht vertrauenserweckend.

Wenn er sich nicht an die Spielregeln halten kann und sich nicht auf die im IAFP eingestellten Mittel für ein Projekt oder die in der Aufgabenüberprüfung vorgesehenen Kürzungen beschränkt, ist das nicht vertrauenswürdig. Damit entsteht grosse Unruhe und Parlamentsmitglieder oder die Institutionen wie GPK oder Finanzkommission werden hinterfragt. Die Diskussionen verlaufen speziell, wie auch die Abstimmungsergebnisse, wie es hier zum vorliegenden Geschäft der Fall war. Bei solchen Diskussionen, wie hier zur Bibliothek ist es notwendig, dass man geeint in die Diskussion geht. Zurzeit sind halt die Finanzen ein Thema. Alle Parlamentsmitglieder und dessen Institutionen sollten hier zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung an einem Strick ziehen.

Heidi Eberhard, FDP: Sie haben die Voten zum Kreditantrag von 1,35 Millionen für die Könizer Bibliotheken gehört, auch jenes der FDP-Fraktion, die zwar definitiv für die Bibliotheken einsteht, jedoch den Umbau für den beantragten Betrag nicht sprechen will, sondern für den im IAFP eingestellten Betrag.

Wie bereits gehört, ist der beantragte Betrag viel zu hoch, die Kosten galoppieren. Ich lege hier meine Interessenbindung offen: Ich bin Mitglied des Vorstands der Könizer Bibliotheken und konnte deshalb das Fraktionsvotum nicht halten.

Die Erweiterung und die damit verbundenen Erneuerungen der Bibliothek Stapfen sind für mich, trotz dem beantragten Kredit von 1,35 Millionen Franken unbestritten. Die 25-jährige Möblierung ist nicht mehr zeitgemäss. Auch die Erweiterung mit den zusätzlichen Räumen für die verschiedenen Anlässe ist aus meiner Sicht notwendig. Auch die Büros im Untergeschoss, mit welchen die Mitarbeitenden endlich Tageslicht erhalten, sind in meinen Augen passend. 25'000 Personen nutzen die Bibliothek jährlich. Auf den zusätzlich gewonnenen Flächen, die aufgrund des angrenzenden, nun aufgelösten Kindergartens der Bibliothek zur Verfügung stehen, wird Platz für Veranstaltungen geschaffen. Ich bin etwas überrascht, dass auch die SP-Fraktion nicht vollumfänglich ja sagen will, denn die Bibliothek ist neben der Ausleihe diverser Medien auch ein wichtiger Treffpunkt für viele Menschen. Kulturelle Anlässe wie z. B. die Lesung mit YB-Torhüter Marco Wölfli, sind äusserst gut besucht. Mit solchen Veranstaltungen kann die Bevölkerung angezogen werden. In der Bibliothek werden zudem Sprachkurse (Sprachcafé) für Migranten angeboten, für die Kleinen werden Märchenstunden durchgeführt, Versli stampfen, usw. Die Lokalität ist vielbesucht, sie ist ein Platz für viele Könizerinnen und Könizer, Arbeitsstätte für Mitarbeitende, die über anständige Arbeitsplätze mit Tageslicht verfügen können sowie ein Treffpunkt für Leseratten, Kulturinteressierte, usw.

Ich bitte all diese Überlegungen bei der Abstimmung miteinzubeziehen. Wir investieren hier für eine gute Sache. In Bezug auf die Budgetierung: Die Geschichten mit den Nachtragskrediten sind Ihnen bekannt. Solches kommt immer wieder vor. Werden die Mittel hier nicht bewilligt, werden Nachkredite beantragt und die Mittel sind dann bereits investiert. Ich nehme mir die Freiheit und werde mich zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion enthalten.

Mathias Rickli, Grüne: Die Emotionen gehen hoch und das bewog mich dazu, mich hier zu äussern: Ich will hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und bitte Sie, sich die Rückweisung gut zu überlegen.

Wir sprechen hier von einer Investition. Die Kosten sind hoch, sie überschreiten und für mich erschliesst sich nicht, wie es dazu kommen konnte und weshalb diese Fehlplanung vorliegt. Auch die Diskussion in der Fraktion sorgte bei mir nicht für Klärung. Fakt ist, dass hier das Budget massiv überschritten wird und es muss mit Folgekosten von jährlich 30'000 Franken während 25 Jahren für die Fremdfinanzierung des Kredits gerechnet werden. Bei Mehrkosten von 30'000 Franken pro Jahr sprechen wir über einen relativ kleinen Betrag auf einer Jahresbasis. Mit der Aufgabenüberprüfung, die uns der Gemeinderat vorlegen will, können jedoch mit Beträgen in diesen kleinen Bereichen Kosten reduziert werden. Ich gehe einmal davon aus, dass hier etwas drin liegt, dass diese 30'000 Franken herausgenommen werden können. Vor diesem Hintergrund werde ich dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Christian Roth, SP: Ich plädiere hier wirklich dafür, dass wir hier die Sache von der Kritik trennen. Ich bin der Ansicht, dass die Botschaft beim Gemeinderat angekommen ist und er festgestellt hat, dass er sich mit der Aufgleisung des vorliegenden Antrags wohl selber ein Bein gestellt hat.

Auf ein Argument gehe ich noch ein: Erica Kobel-Itten hat in ihrem deutlichen Votum festgestellt, dass sich die Gemeinde Köniz dies nicht leisten kann. Wir können uns jedoch die Ablehnung nicht leisten. Der alleinige Blick auf die Finanzen greift zu kurz. Die SP-Fraktion teilt die geäußerte Kritik und deshalb überlegen sich einzelne durchaus eine Zustimmung zum Rückweisungsantrag. Fakt ist:

Wir senden ein Signal an die Einwohnenden der Gemeinde Köniz und sagen, dass dem Parlament nur die Finanzen wichtig sind, nicht aber wie sich Köniz als attraktive Gemeinde entwickelt, die nach vorne schaut und nicht nur das Hier und Jetzt. Das ist eine Botschaft, die ich den Könizerinnen und Könizern nicht senden will. Ich möchte Ihnen die Botschaft geben, dass das Parlament gut hinschaut. Der Gemeinderat hat die Botschaft gehört und wir müssen in die Zukunft investieren und genau deshalb darf der Antrag des Gemeinderats auf keinen Fall abgelehnt werden.

Deshalb werde ich, trotz der angebrachten Kritik, überzeugt nein zum Rückweisungsantrag sagen und ja zur Bibliothek.

Erica Kobel-Itten, FDP: Christian Roth hat wohl nicht gut zugehört: Richtig, ich habe festgehalten, dass wir uns dies nicht leisten können. Aber ich habe auch gesagt, dass wir dem Kredit für die Bibliothek – wenn dieser dem im IAFP eingestellten Betrag entsprochen hätte – zu 100 Prozent hätten ja sagen können. Unsere Botschaft ist, dass Bibliotheken auch uns wichtig sind. Aber: Wir müssen auch zu den Finanzen Sorge tragen. Uns wurde im IAFP ein Betrag vorgelegt, der durchaus im Bereich dessen war, was wir verantworten können. Das nun Vorliegende ist neu und die im IAFP eingestellte Summe wird um mehr als eine halbe Million Franken überschritten. Das können wir nicht verantworten. Ich finde, dass mit dem Rückweisungsantrag dem Gemeinderat die Chance gegeben wird, das Projekt nochmals zu prüfen und zu bearbeiten. Es ist schade, dass die Verwaltung festhält, dies könne sie nicht machen. Damit beginnt die Erpressung und ich bin der Ansicht, dass dies nicht sein kann. Unsere Botschaft lautet: Wir haben anlässlich der IAFP-Debatte zu einem Projekt ja gesagt und dieses möchten wir unterstützen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann, glp: Ich danke für die lebhafte und durchaus kontroverse Diskussion. Unsere zahlreichen Gäste können sich davon überzeugen, dass im Parlament aktiv debattiert wird.

Die unüberhörbare Kritik ist angekommen. Ich entschuldige mich bei den GPK-Mitgliedern, dass sie sich übergangen fühlen. Das war nicht Absicht. Absicht war, Informationen zu liefern, weil dem Gemeinderat wie auch den Verantwortlichen der Abteilung Gemeindebauten klar war, dass wir – gerade weil wir Ihnen einen höheren Betrag vorlegen als ursprünglich im IAFP eingestellt – Erklärungsbedarf haben. Die geführte Debatte hat aufgezeigt, dass das Projekt relativ komplex ist. Wir haben uns mit der Durchführung des Infoanlasses bemüht, Informationen abzugeben. Ich persönlich hielt mich nicht dafür, jedes Parlamentsmitglied direkt anzuschreiben und habe deshalb – nach Rücksprache mit der Fachstelle Parlament – die Fraktionsschefs angeschrieben. Dies zum Infoanlass.

Auch die Kritik in Bezug auf den IAFP ist angekommen. Es ist mehr als un schön und für mich auch ziemlich unangenehm, Ihnen diesen Kredit vorlegen zu müssen, der rund 60 Prozent über dem im IAFP eingestellten Betrag liegt. Ich halte hier fest, dass es sich von selber versteht, dass der Gemeinderat diese Kosten im IAFP 2020 in der einen oder anderen Form kompensieren muss. Ich nehme noch die Anregung auf, dass wir, wenn möglich, in zukünftigen Vorlagen versuchen werden, direkt aufzuzeigen, wo wir kompensieren. Wir können dies aber erst für 2020 vornehmen, weil in den internen Prozessen, die sehr viel Vorlauf haben, das Instrument der Rollenden Planung besteht. Wir legen Ihnen im Dezember den IAFP 2019 vor und wissen bereits von verschiedensten Projekten, dass diese nicht mehr mit den im IAFP 2019 eingestellten Mitteln bewerkstelligt werden können. Dies aus verschiedensten Gründen: Zum Teil aufgrund zeitlicher Verschiebungen wegen Einsparungen, zum Teil nimmt der Gemeinderat eine neue Prioritätensetzung vor, weil im Parlament vor kurzem das Budget abgelehnt worden ist. Wir können uns gerne mit den zuständigen Fachkommissionen nochmals darüber unterhalten, wie wir das gewichten wollen. Ich werde mich in meiner Direktion für die Abteilung Gemeindebauten bemühen, dass im IAFP Mittel für Projekte eingestellt werden, die nicht überschritten werden. Ich hoffe, dass dann nicht der gegenteilige Effekt entstehen wird, dass diese Kredite dann jeweils voll ausgeschöpft werden. So viel zur Kritik.

Zum Votum des GPK-Referenten Bernhard Lauper: Ich danke für seine umfassende und ausgewogene Präsentation des Geschäfts. Er hat festgehalten, dass die Bibliothek ein wichtiger Teil der Könizer Bildungslandschaft ist. Sie hat ihre Berechtigung auch bei der Bildungsstrategie. Das Gebäude ist nun nahezu 30-jährig und nie wurde daran etwas geändert. Allein der Zustand des Gebäudes und der Bibliothek rechtfertigen eine Sanierung.

Verschiedenste Votanten haben festgehalten, der Gemeinderat habe den Auftrag nicht erfüllt, weil er keine Varianten vorlege. Am drastischsten wurde dies von Erica Kobel-Itten ausgedrückt, indem sie von Erpressung und von „Stierengrinderei“ sprach. Das sind starke Worte und wir können nun darüber debattieren, welches das stärkere ist. Sie hat harte, deutliche Worte gebraucht. Ich halte hier fest, dass der Gemeinderat sehr wohl und intensiv über Varianten debattiert hat.

Ich versichere Ihnen, dass auch im Gemeinderat die Frage gestellt wurde, wo allenfalls abgespeckt werden könnte und wo noch von der berühmten Luft nach oben vorhanden ist oder vielleicht noch etwas Goldrand an einem Treppengeländer. Zusammen mit den Verantwortlichen der Abteilung Gemeindebauten konnte ich den Gemeinderat davon überzeugen, dass das hier vorliegende Projekt stimmig ist und dass, sollte man sich nicht durchringen können, zu diesem Projekt ja zu sagen, wir dahinterstehen, keine bauliche Erweiterung zu realisieren. Dann wird nur der Status quo plus vorgenommen, d. h. man bleibt in denselben Räumlichkeiten und renoviert in dem Bereich, was nach 30 Jahren notwendig ist: Böden, Wände, Decke, etc. Dazu steht der Gemeinderat und vielleicht braucht dies fast mehr Mut anstatt mit eine Variante à la carte zu kommen, was für 1,6 Millionen Franken möglich ist, was für 1,4 Millionen Franken und was für 900'000 Franken. Der Gemeinderat hat sich bewusst entschieden, das Ihnen vorliegende Projekt vorzulegen. Wir haben immer wieder kommuniziert: Sollte das Projekt im finanziell angespannten Kontext keine Mehrheit finden, steht der Gemeinderat hinter dem Status quo plus.

Zu einzelnen Voten: Iris Widmer hat nach aller Kritik im Formalen ausgesagt, dass man für die im Kreditantrag enthaltenen Mittel sehr viel erhält. Ich erlaube mir, dies in den Kontext zu stellen: Als das Gegenprojekt von meinem Vorgänger, Alt-Gemeinderat Urs Wilk in Zusammenarbeit mit mir – damals Vorsteher der DBS –, erarbeitet worden ist, wurde dieses als Sparprojekt im Grossen aufgelegt, weil im Parlament die Forderung vorlag „Bibliothek ins Rappentöri“. Ich kann mir gut vorstellen, dass dieses Gegenprojekt im Parlament mehrheitsfähig gewesen wäre. Damals haben wir uns gefragt, was mit den Räumlichkeiten im Stapfen geschehen soll, weil diese schwer zu vermieten wären. Mit dem zusätzlich gewonnenen Raum des ehemaligen Kindergartens bestehen Chancen und wir haben Überzeugungsarbeit geleistet, auch beim Vorstand des Vereins Bibliotheken Köniz und haben ihn gewonnen und uns auf den Weg gemacht, die Bibliothek Stapfen neu zu planen. Dieser Weg dauerte ca. vier Jahre. Wir gelangen nun ans Ende und legen den Kreditantrag in einer sehr heissen finanzpolitischen Phase vor. Im grossen Kontext ist bereits gespart worden.

Wie Mathias Rickli ausgesagt hat, soll nun nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. Sie können den Gemeinderat kritisieren, auch mich als Person, die das Geschäft hier vertritt. In der Sache ist es jedoch ein gutes Projekt und weder ein Luxusprojekt noch ein Traumschloss oder etwas Gebasteltes, sondern ein realistisches, zukunftstaugliches. Es wurde auch gefragt, ob Bibliotheken in 10 oder 20 Jahren überhaupt noch notwendig sind. Ich bin überzeugt, dass diese auch dann noch notwendig sein werden. Sie werden jedoch nicht mehr so sein wie heute, es werden sicher weniger Bücher vorhanden sein. Ich stelle mir vor, dass sie so aussehen werden wie die Bibliothek, die wir hier zusammen mit dem Verein Könizer Bibliotheken ausgearbeitet haben.

Ich erlaube mir, dies in einen grösseren Kontext zu stellen: Die berechnete Frage wurde gestellt, ob wir uns dies leisten können. Ich würde hier sogar noch zuspitzen und fragen, ob wir uns dies leisten wollen. Ich bin überzeugt, dass wir uns dies leisten können. Ob wir dies jedoch in Abwägung mit anderen Projekten wollen, ist eine Grundsatzfrage. Die Bibliothek ist ein Paradebeispiel für freiwillige Aufgaben, für solidarisch finanzierte Dienstleistungen einer Gemeinde, wo alle gemeinsam finanzieren, aber individuell profitieren. Auch die Badeanlage Weiermatt ist ein solches Beispiel. Man kann sich dazu immer die Frage stellen, ob man solches will. Für mich persönlich gehören solche Angebote zur DNA von Schweizer Gemeinden. In der Schweiz sind nicht überall private Swimmingpools vorhanden, Alt und Jung besucht die Badeanlagen, Ausländer und Schweizer, Arm und Reich, der Millionär und die Sozialbezügerin haben beide ihren 50-Meter-Swimmingpool im Freibad. Beide haben ihre Bibliothek als öffentlichen Raum, so wie hier beantragt. Ich bin sehr davon überzeugt, dass sich die Gemeinde Köniz dies leisten kann und soll. Ich hoffe, dass ich Sie mit meinem Votum davon überzeugen kann, das Geschäft nicht zurückzuweisen.

Der Gemeinderat konnte den Rückweisungsantrag nicht diskutieren. Aus der Logik heraus, dass der Gemeinderat über die Abspeckung diskutiert hat und was die Alternative ist, wenn das Projekt abgelehnt wird, ist der Gemeinderat für einen Status quo plus. Aus dieser Logik empfehle ich Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen und über den Antrag abzustimmen.

Beschluss über Rückweisung

Das Parlament lehnt folgenden Rückweisungsantrag der FDP- und SVP-Fraktionen ab: Das Geschäft wird zurückgewiesen mit dem Auftrag, das Projekt so anzupassen, dass die Kosten dem im IAFP 2018 angegebenen Betrag von CHF 900'000 entsprechen.

(Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen für Rückweisung, 24 Stimmen dagegen)

Beschluss

1. Für die Aufwertung der Bibliothek Köniz Stapfen wird ein Kredit von CHF 1'350'000.00 inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 3750.5040.0211, Kontobezeichnung Köniz Stapfen, Aufwertung Bibliothek bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen, die im Laufe der Ausführung im Interesse des Werkes notwendig werden, vorzunehmen, sofern sie den Rahmen des Programmes und des Kredites nicht sprengen.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 14 Stimmen dagegen)

Traktandum 6

PAR 2018/6

Musikschule Köniz; Darlehenserlass und Nachkredite für eine zukunftsgerichtete Musikschule Köniz

Beschluss und Kredit; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Die Einwohnergemeinde Köniz hat sich vor Jahrzehnten entschieden, die öffentlich-rechtliche Aufgabe der Führung einer Musikschule auszulagern und auf Dritte zu übertragen. Das hat sich grundsätzlich bewährt, auch wenn die jüngsten Entwicklungen deutliche Mängel aufgezeigt haben, die es zu beheben gilt. Unter dem ehemaligen, langjährigen Schulleiter wuchs die Musikschule Köniz (MSK) über die Jahre mit ihm und durch ihn von einem kleinen Verein zur zweitgrössten Musikschule des Kantons Bern. Er vereinigte praktisch alles Know How in seiner Person. Als er pensioniert wurde, entstand nicht nur ein grosser Wissensverlust, sondern es wurde offensichtlich, dass es – trotz grossem Engagement der NachfolgerInnen – mehr Personal braucht, um die gleichen Leistungen zu erbringen.

Es brauchte rund drei Jahre – im Rückblick eine zu lange Zeit –, bis sich der frühere Vorstand dessen bewusst wurde. Ein erster Hinweis in diese Richtung war die Kündigung der Person, die im August 2014 die pädagogische Schulleitung der MSK übernommen hatte: Ihr war im Wesentlichen der Personal-Unterbestand zum Stolperstein geworden. Ein zweiter Hinweis waren der krankheitsbedingte Ausfall des administrativen Schulleiters im Mai 2017 und die aufgelaufenen unerledigten Arbeiten in Administration und Buchhaltung.

Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass der Betrieb der MSK und die qualitative Arbeit an der Front in all den Turbulenzen stets gewährleistet waren.

2. Arbeitsorganisation und Stellenplanung Administration MSK

Mitte 2016 nahm der Vorstand der MSK wegen der erkannten, oben kurz skizzierten Probleme eine Strukturüberprüfung vor. Diese zeigte auf, dass Leitung und Administration der Könizer Musikschule gegenüber anderen Musikschulen im Kanton Bern personell stark unterdotiert waren.

Wie bereits erwähnt, wurde ab August 2014 die Führung und Verwaltung der MSK durch die damalige pädagogische Schulleiterin (100%) und die administrative Schulleiterin (100%) betreut. Unterstützt wurden sie durch den sogenannten Schulpool (50%), welcher auf verschiedene Lehrpersonen aufgeteilt war und ab 2015 durch eine zusätzliche Mitarbeiterin in der Administration (40%). Das ergibt für jene Zeit ein Total von **240 Stellenprozenten** plus den Schulleitungspool von **50 Stellenprozenten**.

Die Ansprüche an die Führung und Verwaltung einer Musikschule wuchsen über die Jahre konstant. Der administrative Aufwand für die Betreuung von über 80 Mitarbeitenden, die Organisation des Unterrichts für über 1'300 Musikschülerinnen und –schüler, alle notwendigen Dienstleistungen für die verschiedenen Ansprechgruppen (Eltern, Verband, Gemeinden, Partner) und das Bewirtschaften der Finanzbuchhaltung eines zu einem KMU angewachsenen Betriebs wurden zu einer nur schwer zu bewältigenden Aufgabe für die Mitarbeitenden. Der Betrieb lief zu einem grossen Teil nur dank des aufopfernden Einsatzes der administrativen Leiterin weiter, dokumentiert durch zahlreiche Überstunden. Eine administrative Weiterentwicklung der Schule war zu diesem Zeitpunkt bereits unmöglich.

Die vorhandenen Kräfte mussten ausschliesslich dafür verwendet werden, das Schiff auf Kurs zu halten.

Anfangs 2016 kündigte die administrative Schulleiterin per Ende Juli 2016. Die Stelle wurde ab Eintritt neu nur noch mit 80% besetzt. Die pädagogische Schulleiterin kündigte darauf ebenfalls ihre Stelle per Ende Juni 2016. Ab August 2016 wurde die pädagogische Leitung der MSK ad Interim von einem ehemaligen Schulleiter einer Musikschule im Kanton Bern wahrgenommen (50%). Die bereits hohe Arbeitsbelastung wurde durch die Pensenreduktion von 200 auf 130 Stellenprozente und dem de facto Austausch der gesamten Schulleitung zusätzlich verschärft.

Im Herbst 2016 beschloss der Vorstand, die Schulleitung und die Administration aufzustocken. Dieser Entscheid basierte auf einer Strukturüberprüfung (Vergleich der MSK-Struktur mit anderen Musikschulen im Kanton Bern).

In einem ersten Schritt wurde ab September eine Lehrperson zur Aushilfe eingestellt (40%). Zusätzlich wurden zwei Stellen für die pädagogische Schulleitung ausgeschrieben. Ziel war eine Dreierleitung mit total 220 Stellenprozenten (entsprechend der Grösse der Schule und den Vorgaben des Verbands Bernischer Musikschulen VBMS), die nicht zuletzt den auf viele Personen aufgeteilten und als schwerfällig erachteten Schulleitungspool ablösen sollte.

Im Juli 2017 wurde eine neue Mitarbeitende für die Administration eingestellt (50%). In dieser Situation wurde die gesamte Schuladministration von der neuen Angestellten geführt, die Finanzen durch eine externe Firma (Ausfall des administrativen Schulleiters ab Mai 2017). Im November 2017 erfolgte der teilweise Wiedereinstieg des administrativen Schulleiters. Gleichzeitig wurde eine zusätzliche Mitarbeiterin eingestellt, als Aushilfe sofort (ca. 20%) und mit einer festen Anstellung in der Administration, Schwerpunkt Finanzen (ab März 2018 60%).

Im Januar 2018 beantragte die Co-Schulleitung beim Vorstand zusätzlich eine Stelle zu 100% ab sofort, um der konstanten Arbeitsbelastung der Mitarbeiterin der Administration entgegenzuwirken. Der Vorstand bewilligte die Stelle vorerst befristet für ein halbes Jahr und verlängerte die Stelle später bis Ende 2018. Mit dem Einstieg der letzten Mitarbeitenden ab März 2018 und dem abgeschlossenen Wiedereinstieg des administrativen Schulleiters im April 2018 konnte die feste externe Mitarbeiterin ihr Engagement beenden. Der personelle Aufbau war damit abgeschlossen.

Ab April 2018 setzt sich die gesamte Belegschaft der MSK wie folgt zusammen:

Pädagogischer Schulleiter	80%
Pädagogische Schulleiterin	60%
Administrativer Schulleiter	80%
Total	220%
Administration	100%
Administration	60%
Administration/Finanzen	50%
Total	210%

Dies ergibt ein Total von **430 Stellenprozenten** plus den aktuell noch bestehenden Schulleitungspool von rund **50 Stellenprozenten**.

3. Vorstand

Nachdem der ehemalige Vorstand im Sommer 2017 in corpore zurückgetreten ist - die beiden Gemeindevertreter konnten diesen Rücktritt nur unter Vorbehalt annehmen – wurde an der HV vom 4. September 2017 ein ad Interim Vorstand ernannt (Ueli Studer, Marianne Keller). Dieser führte die MSK, bis nun am 4. Juni 2018 an der ordentlichen HV ein neuer Vorstand gewählt werden konnte. Als Präsident wurde Herr Ueli Studer, ehemaliger Gemeindepräsident und ad Interim Präsident der MSK, gewählt. Neben dem Präsidenten sind vier weitere Mitglieder in den Vorstand gewählt worden. <https://www.ms-koeniz.ch/>

Am 10. September tagte dieser neue Vorstand zum 1. Mal. Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen Vorstandes sein, die aktuellen Vereinsstatuten zu überprüfen sowie mit der Gemeinde zusammen den bestehenden Leistungsvertrag zu überarbeiten.

4. Leistungsvertrag

Der aktuelle Leistungsvertrag zwischen dem Verein der Musikschule Köniz und der Gemeinde Köniz muss überarbeitet werden. Die Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport ist daran, einen ersten Entwurf auszuarbeiten, welcher in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der MSK bereinigt werden soll, so dass der Leistungsvertrag ab 1. Januar 2019 gültig sein wird. Vorgesehene Ergänzungen im neuen Leistungsvertrag sind unter anderem:

- Nennung des Controllings (jährlich / halbjährlich/quartalsweise)
- Definition der Rolle/Aufgaben der Gemeindevertretung
- Finanzielle Leistungen der Gemeinde

Hierzu ist anzumerken, dass der Gemeinderat im August beschlossen hat, das Controlling der Leistungsverträge in der Gemeinde Köniz proaktiv anzugehen. Konkret hat er eine interne Arbeitsgruppe mit externer Unterstützung beauftragt, einheitliche verbindliche Vorgaben für die Ausgestaltung und das Controlling von Leistungsverträgen zu erarbeiten. Somit ist gegeben, dass der Gemeinderat bei der Ausarbeitung des Leistungsvertrags zwischen dem Verein Musikschule Köniz und der Gemeinde grossen Wert auf die Steuerung und das Controlling legen wird und dadurch die Einflussnahme der Gemeinde in Zukunft gewährleistet ist.

5. Finanzen

a) Rechnungen der MSK

An der a.o. Hauptversammlung vom 14. Dezember 2017 wurde die Rechnung 2016 verabschiedet. An der ordentlichen HV vom 4. Juni 2018 konnte schliesslich auch die Rechnung 2017 einstimmig verabschiedet werden.

b) Reguläre Leistungen der Einwohnergemeinde Köniz

Der reguläre Beitrag der Einwohnergemeinde Köniz wird jeweils als Budgetkredit gesprochen.

Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung wurde im Budget 2017 der entsprechende Kredit um CHF 75'000 gekürzt, was die Liquiditätsproblematik 2017 der MSK noch zusätzlich verschärfte.

c) Zusätzliche Leistungen der Einwohnergemeinde Köniz

Zur finanziellen Entlastung übernahm die Gemeinde Köniz 2017 die Kosten für die externe Beratung. Im September 2017 gewährte die Gemeinde Köniz der MSK zur Wahrung der Liquidität ein Darlehen von CHF 200'000, rückzahlbar im Frühling 2019.

Datum	Für wen/was	Nachkredite /Darlehen	Legat
25. August 2017	Darlehen	200'000	
13. Dezember 2017 (GRB 612)	Darlehen neu	125'000	75'000 Reduktion Darlehen
6. September 2017	Beitrag zu Sanierungs- massnahmen (externe Beratung)	42'000	
6. September 2017		20'000	
18. Oktober 2017		50'000	
18. Oktober 2017		50'000	
Kredite brutto (ohne Darlehen)		162'000	
<i>Anteil MSK¹</i>		<i>-50'000</i>	
Subtotal Gemeinde (Nachkredite)		112'000	
Subtotal Gemeinde (Legat; Erlass Darlehen)		75'000	
Kredite netto (Nachkredite & Legat)		187'000	

Die vom Gemeinderat gesprochenen Nachkredite (brutto CHF 162'000) wurden also nicht vollumfänglich ausgeschöpft. Folgt man dem Gutachten des Rechtsdienstes, dass das Darlehen keine eigentliche Ausgabe sei, liegen die vom Gemeinderat beschlossenen Nachkredite vollumfänglich in seiner Kompetenz.

Im Dezember 2017 erliess die Gemeinde der MSK die Rückzahlung von CHF 75'000 (Übernahme aus Legat)

► Das Darlehen beträgt somit zurzeit CHF 125'000.

¹ Dieser Betrag wurde noch nicht an die Gemeinde überwiesen.

d) Aktuelle finanzielle Situation der MSK

Die MSK führt aktuell eine Betriebsrechnung und eine Vereinsrechnung. In die Betriebsrechnung fliessen alle Aufwendungen für den subventionierten Bereich. Das Vereinsvermögen wird vor allem durch Kollekten, Erträge aus Veranstaltungen, Musiklagerbeiträgen und Instrumentenmiete geäufnet und ist für die Finanzierung der damit verbundenen Kosten sprich Löhne und sonstigen Aufwände.

Gemäss dem an dieser HV verabschiedeten Budget 2018 ist im aktuellen Buchhaltungsjahr mit einem Defizit von rund CHF 206'000 zu rechnen. Falls dieses als Ganzes durch die MSK getragen werden muss, wird ihr Eigenkapital noch CHF 105'000 betragen.

Für das Budget 2019 hat die externe Firma Finances Publiques in Zusammenarbeit mit der Schulleitung nun die neusten Entwicklungen verarbeitet. Deutlich über 90% des gesamten Betriebsaufwandes entfallen seit jeher auf den Personalaufwand. Die gestiegenen Kosten für die Schulleitung, das Verwaltungspersonal und die Sozialleistungen werden nur zum Teil durch höhere Beiträge der beteiligten Gemeinwesen kompensiert.

e) Höhe des regulären Beitrags der Gemeinde (Thema Finanzierungsschlüssel)

Die Finanzierung von Musikschulen im Kanton Bern wird durch das Musikschulgesetz (MSG) geregelt. Für die Berechnung der Anteile werden die **Bruttokosten** der Musikschulen aufgeteilt in:

Kosten für den subventionierten Unterricht
und

restliche Betriebskosten (z.B. übrige Personalkosten für Lehrpersonen und Schulleitung, Gehälter Verwaltung, Raumaufwand, Unterhalt und Betrieb, Verwaltung und Werbung, Abschreibungen)

Das **Kostenverhältnis** der Bruttokosten in der Musikschule Köniz entspricht aktuell:

85% der Bruttokosten = Kosten für den subventionierten Unterricht

15% der Bruttokosten = restliche Betriebskosten

Art. 9 bis 11 des MSG definieren den **Finanzierungsschlüssel**, also die Aufteilung der Bruttokosten auf die finanzierenden Parteien:

Kosten für den subventionierten Unterricht

Finanzierung:	Schulgelder	40%
	Gemeinden	30% (Wortlaut im MSG, „mind. gleich hoch wie der Kantonsbeitrag“)
	Kanton	30%

Restliche Betriebskosten

Finanzierung:	Gemeinden	100%
---------------	-----------	------

Auf die **Kostenanteile** angewendet, ergibt dies folgende Prozentsätze der Bruttokosten:

85% der Bruttokosten = Kosten für den subventionierten Unterricht

Finanzierung	Schulgelder	40 %	von 85 %	=	34.00 % der Bruttokosten
	Gemeinden	30 %	von 85 %	=	25.50 % der Bruttokosten
	Kanton	30 %	von 85 %	=	<u>25.50 % der Bruttokosten</u>
					85.00 % der Bruttokosten

15% der Bruttokosten = restliche Betriebskosten

Finanzierung:	Gemeinden	100 %	von 15 %	=	15 % der Bruttokosten
---------------	-----------	-------	----------	---	------------------------------

Auf die **Bruttokosten** angewendet, ergibt dies somit für den folgenden **Finanzierungsschlüssel**:

Bruttokosten

Finanzierung	Schulgelder	34.00 %	
	Gemeinde Köniz	39.50 %	<i>Gemeinden total:</i>
	Übrige Gemeinden*	1.00 %	25.50 %
	Kanton	25.50 %	15.00 %
			40.50 %

*Für die Schülerinnen und Schüler aus der weiteren Region kommen die entsprechenden Gemeinden für den Finanzierungsanteil auf. Der Anteil dieser Gemeinden entspricht aktuell rund 1% des Betriebsbetrages und ist rückläufig. Der **Finanzierungsanteil aller Gemeinden von 40.5 %** teilt sich somit auf **39.5 % Gemeinde Köniz** und **1 % übrige Gemeinden** auf.

In den Planerfolgsrechnungen zeigt sich, dass der jährliche Kantonsbeitrag und jener der übrigen dem Finanzierungsschlüssel entsprechen. Der Anteil der Schulgelder an den Kosten beträgt jährlich aktuell 37 bis 38% statt der 34% gemäss Schlüssel. Der Beitrag der Gemeinde deckt aktuell einen Anteil von 34 bis 35%, statt den durchschnittlichen Anteil von 39.5% gemäss Finanzierungsschlüssel.

f) Folgerungen

Erhöhung des regulären Beitrags der Gemeinde

- Der nachgewiesene Personalbedarf bedeutet: Die Gemeinde Köniz muss mehr an die Betriebskosten der MSK bezahlen, sonst entsteht jedes Jahr eine finanzielle Lücke in ungefähr der gleichen Höhe.
- 2018: Erhöhung des Budgetkredits mittels Nachkredit (wird dem Parlament vorliegend beantragt)
- 2019: Erhöhung des Budgetkredits mittels Nachkredit (wird dem Parlament vorliegend beantragt)

Die Liquiditätsplanung 2018 zeigt, dass der budgetierte Verlust des Geschäftsjahres ziemlich genau dem Liquiditätsengpass des Betriebes Ende Jahr entspricht. Mit der Bewirtschaftung gemäss Planerfolgsrechnung sind per Ende 2018 die liquiden Mittel aufgebraucht. Das noch vorhandene Vermögen setzt sich hauptsächlich aus (nicht liquiden) Anlagevermögen zusammen, rund CHF 105'000 per 31.12.2017. Bei einem Reinvermögen von CHF 250'000 betragen die liquiden Mittel der MSK somit de facto CHF 145'000.

Damit per 31.12.2018 ein Liquiditätspolster vorhanden ist, das Unvorhergesehenes und offene Forderungen zum Jahreschluss sicher abdecken wird, ist eine zusätzliche Unterstützung durch die Gemeinde Köniz notwendig. So kann ein Reinvermögen von CHF 230'000 bzw. liquide Mittel in der Höhe von CHF 125'000 erreicht werden.

► **zusätzlicher Beitrag der Gemeinde Köniz per 1. Dezember 2018 CHF 125'000**

Mit dem budgetierten Verlust für das Jahr 2019 von CHF 78'000.00 werden die liquiden Mittel per 31.12.2019 analog des Geschäftsjahres 2018 aufgebraucht sein. Für die weitere Liquidität, CHF 157'000.00 bei einem Gesamtvermögen von CHF 222'000, ist somit ein zusätzlicher Betrag in der Höhe von CHF 125'000 notwendig.

► **zusätzlicher Beitrag der Gemeinde Köniz per 1. Dezember 2019 CHF 125'000**

Bei allen Ausführungen im Kapitel „Finanzen“ ist das **Darlehen der Gemeinde Köniz in der Planerfolgsrechnung nicht berücksichtigt**. Die noch offenen CHF 125'000.00 könnten je nach wirtschaftlicher Entwicklung über mehrere Buchungsjahre an die Gemeinde zurückbezahlt werden. In der Gesamtheit der nun vorliegenden Finanzplanung wäre aus Sicht der Genesung ein Erlass des Darlehens jedoch die naheliegendste Lösung.

► **Erlass der Rückzahlung des Darlehens der Gemeinde Köniz von CHF 125'000**

Total CHF 375'000

Gemeindebeitrag pro Jahr

Wie bereits unter „Finanzierungsschlüssel“ ausgeführt, ist das Missverhältnis im Finanzierungsschlüssel eines der Hauptprobleme der langfristigen Wirtschaftlichkeit der MSK. Langfristig müsste die Gemeinde Köniz daher jährlich rund 40.5% der Kosten finanziert werden. Da die übrigen Gemeinden für rund 1% der Finanzierung aufkommen, müsste die Gemeinde Köniz daher jährlich rund 39.5% der Kosten finanzieren. Mit dieser Anpassung würde der jährliche Gemeindebeitrag so steigen, dass die MSK für die Zukunft gesichert und gesund ist:

2018	2019	2020	2021
CHF 1'650'000 (34.5 %)	CHF 1'774'000 (35.10 %)	1'940'000 (37.89%)	CHF 2'060'000 (39.50%)
CHF 125'000 (Erlass Darlehen)	CHF 125'000 (Nachkredit zu Lasten Erfolgsrechnung)		
CHF 125'000 (Nachkredit zu Lasten Erfolgsrechnung)			

Fazit

Die Musikschule als schulergänzendes Angebot ist in der Bildungslandschaft Köniz eine Bereicherung. Die vergangenen und z.T. noch bestehenden finanziellen Probleme sind nachvollziehbar:

- Ein unterdotierter Personalbestand in der Schulleitung und der Administration ► Mehrkosten durch Aufstockung
- Der Beitrag der Gemeinde gemäss Finanzierungsschlüssel ist zu niedrig ► fehlende Mittel für Betriebskosten

Eine finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde nötig ist.

Verschiedenste Gremien haben in den letzten Monaten intensiv daran gearbeitet, die Leitung der MSK wieder auf Kurs zu bringen: externe Berater, der ad Interim-Vorstand, der neue Vorstand sowie die Gemeinde Köniz. Bestehende Pendenzen wurden aufgearbeitet und Lösungen aufbereitet, um so einen finanziell gesunden Boden für eine zukunftssträchtige Musikschule Köniz zu schaffen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:
2. Das Parlament beschliesst den Erlass der Rückzahlung des geschuldeten Darlehens von CHF 125'000 der Musikschule Köniz an die Gemeinde. Es bewilligt dafür einen Nachkredit zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018 per 1. Dezember 2018; Konto 3720.3635.71.
3. Das Parlament beschliesst einen Nachkredit von CHF 125'000 für das Budget 2018 für die Betriebskosten der Musikschule Köniz zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018 per 1. Dezember 2018; Konto 3720.3635.71
4. Das Parlament beschliesst einen Nachkredit von CHF 125'000 für das Budget 2019 für die Betriebskosten der Musikschule Köniz zu Lasten der Erfolgsrechnung 2019; Konto 3720.3635.71.

Köniz, 19. September 2018

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Die Unterlagen zum Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, liegen Ihnen vor. Die GPK verlangte, dass die DBS Fehler in der Vorlage korrigieren soll. Am 31. Oktober 2018 ist Ihnen eine neue Fassung per E-Mail zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

GPK-Präsidentin Vanda Descombes, SP: Musikschule zum Dritten. Im September 2017 wurde von der SVP, FDP, BDP ein Vorstoss betreffend Untersuchung der Vorkommnisse in der Musikschule eingereicht. Dieser Vorstoss wurde im Februar 2018 als Postulat erheblich erklärt. Im März 2018 informierte ich Sie darüber, wie die GPK dieses Geschäft begleiten möchte. Mit dem zuständigen Gemeinderat wurde damals festgelegt, dass wir bis im Sommer 2018 einen Bericht über die finanzielle Sanierung erhalten, im Herbst 2018 einen Bericht über die künftige Rechtsform der Musikschule inklusive Controllingkonzept. Dann sollte auch der definitive Entscheid gefällt werden, ob eine Untersuchung eingeleitet werden soll oder nicht. Stand heute: Wir haben den Bericht zur finanziellen Sanierung, mit einer Forderung von 375'000 Franken in Form eines Darlehenserlasses und Nachkrediten erhalten. Beträge die nicht im IAFP eingestellt sind. Hinzu kommt in den Folgejahren eine sukzessive Erhöhung des Gemeindebeitrags bis auf einen Betrag von mehr als 2 Millionen Franken - Parlamentsvorlage Seite 5. Die Rettung der Musikschule kostet uns somit einen sechsstelligen Betrag. Die Rechtsform und das Controllingkonzept liegen uns noch nicht vor. Die Absicht ist zwar angedeutet, es liegt jedoch noch nichts Schriftliches vor.

Im Sanierungsbericht sind im Wesentlichen folgende Ursachen für die finanzielle Schieflage genannt: Erstens bestand vor allem beim administrativen Personal ein Unterbestand. Quelle für diese Feststellung war für uns ein Vergleich mit anderen Musikschulen. Dies wurde mittlerweile behoben und damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Musikschule Köniz nach jahrelanger, fast ehrenamtlicher Führung mit viel Herzblut, aber ohne Kontrollorgan, zu einer KMU gewachsen ist, die eine professionelle Administration benötigt. Als zweiten Grund die Kürzung des Kredits um 75'000 Franken im Rahmen der letzten Aufgabenüberprüfung: Das wurde im Nachhinein als Fehler erachtet und insofern behoben, indem der vormalige Gemeinderat noch im Dezember 2017 mittels Legat ein Darlehen um diesen Betrag reduzierte.

Der dritte Grund ist der zu tiefe Anteil des Gemeindebeitrags gemäss Finanzierungsschlüssel nach Musikschulgesetz - Seite 4 der Vorlage - sofern dem tatsächlich so ist, dass sich die Gemeinde über Jahre zu wenig an den Kosten der Musikschule beteiligt hat. Mit ca. 1,6 Millionen Franken deckt der Gemeindebeitrag ca. 35 Prozent der Kosten und nicht die geforderten 39,5 Prozent. Erklärt wurde uns dies mit der unsachgemässen oder vielleicht intransparenten Rechnungsführung. Weder der Vorstand noch der Gemeinderat seien sich dessen bewusst gewesen und so lange Vermögen vorhanden war, wurde wohl nicht weiter nachgefragt. Auch nicht durch die Finanzkontrolle, diese prüfte lediglich die Rechnungsführung.

Die Diskussion in der GPK umfasst folgende Aspekte: Die GPK hat weitere Unterlagen und Details zur finanziellen Sanierung erhalten; die Fragen dazu wurden uns erklärt. Die wesentlichen Zahlen sind in der Parlamentsvorlage aufgeführt und wurden korrigiert. Sie erscheinen uns soweit korrekt. Deshalb gehe ich nicht weiter auf diese Situation ein, das würde zu weit führen. Einen Punkt möchte ich jedoch aufgreifen: Die Aufteilung nach Betriebsrechnung und Vereinsrechnung und mehreren Fonds soll in Zukunft klarer getrennt werden, mit klaren Verantwortlichkeiten von Vorstand und Gemeinde.

Zur Rechtsform: Die Parlamentsvorlage, aber auch Aussagen in der GPK, wonach die Rechtsform nicht das Problem sei, wohl aber die Kompetenzen und Verantwortung, legen nahe, dass keine Absicht besteht, die Rechtsform zu ändern, bzw. dass eine Überprüfung der Vereinsstatuten und der Definition der Rolle und Aufgaben der Gemeindevertretung im Rahmen des neuen Leistungsvertrags genüge. Das mag stimmen, dazu liegt jedoch kein Bericht mit Begründungen oder allfälligen Varianten vor. Deshalb können wir diesen Punkt nicht einfach so als erledigt betrachten. Die GPK will eine nachhaltige Sanierung der Musikschule Köniz, die sicherstellt, dass eine Situation, wie sie im vergangenen Jahr entstanden ist, nicht wieder entstehen kann. Das bedeutet für uns einen Blick in die Vergangenheit, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Genau das hat offenbar bis jetzt nicht stattgefunden. Man wolle nach vorne schauen und sich nicht von der Vergangenheit beeinflussen lassen. Angesichts der Dringlichkeit der finanziellen Sanierung kann diese Haltung ein Stück weit vertreten werden. Die Frage ist trotzdem, wie eine Überprüfung/Überarbeitung der Vereinsstatuten unter der Leistungsvereinbarung mit Controlling möglich ist, wenn kein Blick in die Vergangenheit geworfen wird.

Aus diesem Grund, aber auch weil die vereinbarten Unterlagen, wie im März 2018 vereinbart, noch nicht vorliegen, sind wir nicht bereit, auf all die vorliegenden Kreditforderungen ohne Bedingungen einzutreten.

Ein Wort zur geforderten Untersuchung: Diese drängt sich auf. Wir möchten der Verwaltung aber noch einmal die Chance geben, die geforderten Unterlagen einzureichen und entscheiden danach definitiv im April 2019.

Die GPK stellt deshalb folgende Änderungsanträge gemäss Tischvorlage:

Zu Ziffer 1: Anstelle eines Erlasses der Rückzahlung will die GPK eine Verlängerung der Rückzahlung des geschuldeten Darlehens von 125'000 Franken an die Gemeinde um 1 Jahr, d. h. bis März 2020. Das Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Diese Verlängerung schliesst nicht aus, dass das Darlehen zu einem späteren Zeitpunkt erlassen werden könnte. Für diesen Entscheid benötigen wir jedoch die noch fehlenden Unterlagen.

Zu Ziffer 2: Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, einem Nachkredit von 125'000 Franken für das Budget 2018 für die Betriebskosten der Musikschule Köniz zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018 per 1. Dezember 2018 zuzustimmen. Wir wollen die Musikschule finanziell nicht gefährden und deshalb nicht einfach den Hahn schliessen.

Zu Ziffer 3: Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Antrag zurückzuweisen, verbunden mit folgendem Auftrag: Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.3.2019 folgende Unterlagen vorzulegen: Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen. Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung. Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.

Die vorläufige Ablehnung von Ziffer 3 begründet die GPK damit, dass vorher ein Tatbeweis vorliegen soll, dass die Musikschule Köniz aus den Fehlern gelernt hat.

Zum Abschluss betone ich, dass die GPK durchaus der Ansicht ist, dass die Musikschule Köniz gerettet werden kann, aber wenn, dann nachhaltig. Bei dieser Gelegenheit danke ich dem Gemeinderat für die Transparenz, die er schaffen wollte und auch geschaffen hat

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Aufgrund diverser von mir vorgenommener Abklärungen ist es sinnvoll, Sie hier zu informieren: Ich habe mich in den letzten Tagen vertieft mit den Konsequenzen betreffend den GPK-Änderungsanträgen beschäftigt, insbesondere mit dem Auftrag, den Nachkredit 2019 nicht zu sprechen, bzw. mit Auflagen zu verknüpfen. Da es sich um wirklich neue Gesichtspunkte handelt, möchte ich meine Einschätzungen und Abklärungen vor der Diskussion dem Parlament mitteilen.

Zuerst zur Leistungsvereinbarung: Der Kreditantrag hat, wie alle vergleichbaren Geschäfte, eine entsprechende Vorlaufzeit: Gemeinderat, GPK, Parlament. Ich habe mein Versprechen zuhnden des Parlaments eingehalten, allfällig notwendige Kredite zum Geschäft noch dieses Jahr vorzulegen. Die Musikschule benötigt zudem dringend wieder finanzielle Sicherheit und die Erarbeitung der Leistungsvereinbarung braucht mehr Zeit. Sie können dem Gemeinderat vertrauen, dass die Leistungsvereinbarung alles Notwendige enthalten wird, damit ein Controlling gewährleistet werden kann, damit sich das Vorgefallene nicht wiederholen wird. Mit externer Unterstützung, sowie mit unserer kompetenten Fachstelle Recht haben wir die Angelegenheit geprüft. Denn es ist im Interesse der Musikschulleitung, des Gemeinderats und des Vorstands der Musikschule Köniz, dass die Leistungsvereinbarung „verhett“. Wir ziehen alle am selben Strick. Ich garantiere Ihnen und hier können Sie dem Gemeinderat vertrauen, dass wir eine saubere und gute Leistungsvereinbarung erarbeiten.

Über den zweiten Nachkredit 2019 erst nach dem entsprechenden Reporting zu beschliessen, erachte ich als schwierig. Wenn bis im März ein Reporting vorgenommen wird und der Kredit erneut durch alle Stufen gegangen ist, kann es gut und gerne Mitte 2019 werden und der Musikschule Köniz werden somit die dringend benötigten liquiden Mittel entzogen. Die Liquidität der Musikschule Köniz wäre zwar vorläufig sichergestellt, allenfalls müsste jedoch die Gemeinde Köniz zulasten der Beiträge für das Folgejahr wieder einen Vorschuss geben, wenn die liquiden Mittel nicht ausreichen. Das war in der Vergangenheit der Fall. Die Chance besteht, dass Mittel vorgeschossen werden müssten. 2019 ist sehr nah, die Musikschule Köniz benötigt nicht nur Mittel, sondern auch die damit verbundene Sicherheit. Über einen nächsten Antrag würde erst gegen Mitte 2019 im Parlament diskutiert werden können.

Abklärungen zum Änderungsantrag zu Ziffer 1, das Darlehen nicht zu erlassen: Ein Nichterlass des Darlehensrests und eine Verlängerung der Rückzahlung um 1 oder 2 Jahre hat effektiv keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Liquidität der Musikschule Köniz. Mit dem Darlehenserlass fließen nicht zusätzliche Mittel in die Musikschule Köniz, er hätte jedoch zur Folge, dass für eine Rückzahlung keine – nicht vorhandene – liquide Mittel abfließen. Mit der Verlängerung der Rückzahlung des Darlehens wird das Problem nach vorne geschoben.

Zur Rechtsform: Ich habe versprochen, die finanzielle Situation an der GPK-Sitzung darzulegen und das hat die GPK-Referentin bestätigt. Die Rechtsform stand anlässlich der vielen im letzten Jahr geführten Diskussionen nicht im Vordergrund, da nicht die Rechtsform, sondern die Rechte und Pflichten aller Beteiligten früher nicht klar waren. Verbindliche, klare Pflichtenhefte fehlten. Die Rechtsform war und ist immer noch von untergeordneter Bedeutung. Deshalb wurde kein zusätzlicher Bericht zuhnden der GPK abgegeben.

Zum Schluss: Ich wurde von vielen via SMS, Whatsapp, E-Mail, usw. kontaktiert und stellte fest, dass viele Fragen zur Vergangenheit aufgeworfen wurden. Es ging darum, dass wir nicht in die Vergangenheit zurückschauen wollten. Für die Aufarbeitung der finanziellen Probleme musste zwar in die Vergangenheit geschaut werden. Es war jedoch nicht Auftrag, irgendwie zu beurteilen, wer zu welcher Zeit eventuell etwas falsch angegangen ist. Die Vergangenheitsbewältigung ist nicht Teil des vorliegenden Geschäfts. Ich betone bewusst, dass dafür – wenn nötig – die GPK zuständig ist. Die Trennung ist wirklich notwendig.

Ich bitte Sie deshalb, das Geschäft auf die Zukunft der Musikschule Köniz und auf die finanzielle Sanierung der Musikschule Köniz zu fokussieren und nicht darauf, was in der Vergangenheit war. Das ist nicht Teil des Antrags des Gemeinderats.

Parlamentspräsident Heinz Nacht hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Christina Aebischer, Grüne: Die Musikschule Köniz hat bewegte Zeiten hinter sich, das wurde im Parlament bereits thematisiert. Auch erwähnt wurde bereits, dass ein verbreitetes Credo in dieser Krisenbewältigung war: Nach vorne schauen, Probleme lösen, Wogen glätten, Zukunft sichern.

Das ist ein konstruktiver Ansatz, an den sich auch die Fraktion der Grünen immer gehalten hat.

Auch wenn es aufgrund des Ressourcenverbrauchs und den Reibungsverlusten oft an der Sohle kleben bleibt, dass Verantwortlichkeiten nicht aufgearbeitet wurden. Im vorliegenden Antrag des Gemeinderats richtete man den Blick nach vorne. Altlasten in Rechnung und Budget müssen ausgeglichen und das zukünftige Budget muss erhöht werden.

Die Musikschule Köniz liegt der Fraktion der Grünen sehr am Herzen. Sie leistet hervorragende Arbeit und das soll weiterhin so möglich sein. Deshalb unterstützen wir im Grundsatz die Haltung, dass der Musikschule Köniz mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden und allenfalls ein Darlehen erlassen wird. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es angesichts der Versäumnisse in der Vergangenheit und einem Vorstand, in welchem immer zwei Vertretungen aus der Gemeindeverwaltung Einsitz hatten, angebracht ist, dass das Parlament und die GPK genauer hinschauen müssen. Im Bericht des Gemeinderats werden diverse Versäumnisse genannt, aber die vormalige und aktuelle Verantwortung der Gemeinde Köniz wird aus unserer Sicht zu wenig diskutiert. Man spricht vor allem von den Unterlassungen in der Administration und in der Vereinsleitung. Die Rolle der Gemeinde steht für uns zu wenig im Fokus.

Deshalb folgen wir dem Antrag der GPK, das Darlehen vorderhand zu verlängern und dass die GPK zum genannten Zeitpunkt detailliertere Informationen erhalten wird. Neben den notwendigen Budgeterhöhungen und Nachkrediten unterstützen wir grundsätzlich auch, dass das Darlehen dereinst vielleicht einmal erlassen wird. Die Fakten sind klar: Auch die Gemeinde Köniz trägt Mitverantwortung an der vormaligen Krise und den daraus entstandenen Mehrkosten. Ein Teil der Krisenbewältigung, die hoffentlich einmal zum Abschluss kommen wird, kann durchaus der Erlass des Darlehens sein.

In diesem Sinn handelt es sich nicht um ein Misstrauensvotum gegenüber der neuen Leitung und dem neuen Vorstand der Musikschule Köniz, wenn die Fraktion der Grünen dem Antrag der GPK folgt. Im Gegenteil, es wird tolle Arbeit geleistet und wir sind den Verantwortlichen zum Dank verpflichtet. Es geht darum, dass hier die GPK stärker involviert ist und ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen kann. Eine Aufsichtsfunktion, die sich per Definition vor allem auf die Rolle der Gemeinde und ihre zukünftige Verantwortung und ihr zukünftiges Controlling fokussiert.

Wir sehen auch die von der GPK gesetzte Frist als sinnvoll und werden deshalb dem Antrag der SP, die Frist auf Januar 2019 zu setzen nicht mittragen. In den anderen Punkten werden wir grundsätzlich der GPK folgen. Gemeinderat Kohler gab noch Zusatzinformationen ab, die ich nicht mit der Fraktion diskutieren konnte. Ich gehe nicht davon aus, dass diese Informationen unsere Haltung ändern. Wenn erneut ein Vorschuss notwendig sein wird, um ein immer noch bestehendes finanzielles Loch zu überbrücken, werden wir diesem zustimmen. Wir sind klar der Ansicht, dass man bis März 2019 in der Lage sein müsste, eine Neuaufstellung vorzulegen.

Festgehalten wurde auch, dass die Rechtsform kein relevantes Thema ist. Auch wir sind dieser Ansicht, denn neben Verein und Stiftung ist nicht viel anderes legal möglich. Zum von der GPK geforderten Aufzeigung von Sparbemühungen: Es wurde genügend aufgezeigt, dass die Musikschule Köniz ungewollt sparte, indem sie nicht über jene Ressourcen verfügen konnte, die ihr eigentlich hätten zur Verfügung gestellt werden müssen. Deshalb bitten wir die GPK, dass die Sparbemühungen nicht das allerobere Kriterium bei einer nächsten Prüfung des Geschäfts ist.

Fraktionssprecher Markus Willi, SP: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Auslegung zur Musikschule Köniz, die er mit dem vorliegenden Geschäft vorgenommen und dokumentiert hat. Wir sind froh zu hören, dass anfangs Juni ein neuer ordentlicher Vorstand gewählt wurde, der seine Arbeit mittlerweile aufgenommen hat. Wir werten dies als gutes Zeichen und wünschen den neu gewählten Mitgliedern, dass sie gute und konstruktive Lösungen für die Musikschülerinnen und -schüler der Gemeinde Köniz finden. Auch für die SP-Fraktion ist die Musikschule Köniz eine wichtige Institution, die wir immer und gerne unterstützen.

Endlich geht bei der Musikschule Köniz etwas, ist man bei einem erstmaligen Durchlesen der Unterlagen zu denken geneigt und freut sich. Bei genauerer Betrachtung der Unterlagen taucht jedoch Unbeantwortetes, Unerledigtes und Unklares auf. Man stellt sich Fragen und beginnt sich die Augen zu reiben. Der Bericht des Gemeinderats erläutert zwar anhand der gesetzlichen Grundlagen klar, deutlich und nachvollziehbar, wie der Finanzierungsschlüssel zwischen Gemeinde, Kanton und Musikschule auf das halbe Prozent genau ausfallen sollte. Man erfährt ausführlichst, dass die Gemeinde Köniz in den letzten Jahren ihren Verpflichtungen scheinbar nicht im richtigen Mass nachgekommen ist. Welche Leistungen wir mit diesen vom Gemeinderat geforderten Mitteln konkret bezahlen, können wir den Unterlagen nicht entnehmen. Es wird zwar in Aussicht gestellt, dass man daran ist, den ersten Entwurf für einen neuen Leistungsvertrag auszuarbeiten. Wann dieser jedoch vorgelegt wird und was genau darin stehen wird, ist zurzeit nicht klar.

Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass zuerst das Was und das Wie-gut und allenfalls das Bis-wann geklärt sein müssen, bevor man über das Wie-viel spricht. Der Gemeinderat schlägt genau den umgekehrten Weg vor: Zuerst finanziell sanieren, danach Inhalte kreieren. Dahinter setzen wir ein Fragezeichen. Im Weiteren kann die SP-Fraktion nicht so recht nachvollziehen, weshalb fast ein Jahr seit dem Arbeitsbeginn des neuen Gemeinderats immer noch kein Ergebnis vorliegt, was die Prüfung der Rechtsform betrifft oder weshalb nicht bereits längstens mit Hochdruck an der Ausarbeitung des allseits erwarteten Leistungsvertrags gearbeitet wird. Der Gemeinderat verlangt mit seinen Anträgen aus Sicht der SP-Fraktion etwas gar viel Goodwill. Notabene für ein Geschäft, zu dem das Vertrauen in die Verantwortlichen seitens der Gemeinde nicht mehr ganz so gross ist, wie vielleicht noch vor zwei Jahren.

Zudem empfindet die SP-Fraktion einen weiteren Punkt als störend: In der ganzen Diskussion um die Finanzierung der aktuellen und zukünftigen Musikschulleistungen geht aus unserer Sicht vergessen, dass zudem unbedingt aufgearbeitet werden sollte, was passiert ist, welche Fehler begangen wurden, wie es so weit kommen konnte. Die aus der Aufarbeitung gewonnenen Erkenntnisse müssten aus unserer Sicht zwingend in den neuen Leistungsvertrag einfließen. Dieser Logik folgend müsste zuerst in die Grundlagen investiert werden. Aber: Erst nachdem der neue rechtliche Rahmen definiert ist, wie die Zusammenarbeit der Gemeinde oder mit der Musikschule via Leistungsvertrag künftig aussehen soll, hat das Parlament im Januar 2018 entschieden: Damals wurde der Vorstoss von FDP und SVP, der eine Untersuchung der Vorkommnisse an der Musikschule Köniz forderte, als Postulat erheblich erklärt. Daran gibt es nichts mehr zu rütteln, das wurde so entschieden und deshalb macht es keinen Sinn mehr.

Trotzdem scheint uns, dass der Zeitraum ab jetzt bis Ende März 2019, den die GPK dem Gemeinderat für die Erstellung der geforderten Grundlagen in ihrem Rückweisungsantrag einräumen will, zu lang ist. Wenn die GPK erst im April an ihrem Postulatsbericht arbeiten kann, wird ein Ergebnis erst Mitte Jahr vorliegen. Gesetzt dem Fall, die GPK stösst mit der Erstellung des Berichts auf Erkenntnisse, die in die bereits erstellten Dokumente einfließen sollten, dauert es nochmals länger. Für die Musikschule verstreicht somit mindestens ein weiteres Jahr bis wieder geordnete Verhältnisse herrschen. Wir sind der Ansicht, dass dies zu lange dauert und schlagen deshalb vor, dass die Terminierung im Rückweisungsantrag der GPK zu Ziffer 3 des Antrags des Gemeinderats um zwei Monate gekürzt wird, d. h. auf den 31. Januar 2019.

Es geht der SP-Fraktion nicht darum, hier auf den Sack zu schlagen, obwohl eigentlich der Esel gemeint ist. Es geht jedoch darum, dem Esel jenes Futter zu geben, das auf jenes abgestimmt ist, das er zu tragen hat und dass die Zeit, in der er sich eventuell falsch ernährt, nicht zu lange dauert.

Bei den Ziffern 1 und 2 des Antrags des Gemeinderats folgt die SP-Fraktion dem Antrag der GPK.

Fraktionssprecher Dominic Amacher, FDP: Es ist nicht Zufall, dass mich die Situation der Musikschule Köniz an die berühmte Titanic erinnert. Beide sind kollidiert und während dem Untergang spielen die Orchester im Hintergrund weiter. Folgende Unterschiede sind jedoch unausweichlich feststellbar: Bei der Titanic verliess der Kapitän den Dampfer als letzter, ein wahrer Gentleman. Hingegen verliess bei der Musikschule Köniz die gesamte Führungscrew als erste das Schiff. Das ist ein „no go“. Die Titanic verfügte nicht über genügend Rettungsboote, die Musikschule hingegen hat die Gemeinde und die Steuerzahler der Gemeinde Köniz im Rücken. Die Titanic ist Vergangenheit, die Musikschule ist zum Glück noch Gegenwart.

Damit das Titanic-Drama etwas in den Hintergrund fällt, bitte ich Sie, nicht zu stark in der Filmmusik zu schwelgen, sondern in der Realität zu bleiben und diese ist ziemlich ernüchternd. Grundsätzlich dankt auch die FDP-Fraktion der DBS für den ausgezeichneten Bericht, mit dem endlich eine finanzielle und personelle Transparenz geschaffen wird. Dies zu erledigen wäre die Aufgabe des ehemaligen Vorstands gewesen. Es wurde verpasst, im kritischen Moment Verantwortung zu übernehmen; stattdessen ist man geschlossen zurückgetreten. Wir verurteilen dieses Verhalten auf das Schärfste. Es bringt uns alle in eine schwierige Situation und es nicht einfach, dabei einen kühlen Kopf zu wahren. Jede und jeder kann die erste Seite der Parlamentsvorlage lesen und sich ein Bild über die Situation machen. Wir erwarten weiterhin dezidiert eine Untersuchung der GPK, damit die Verantwortlichkeiten aufgedeckt und Fehler vermieden werden können. Sobald der Bericht vorliegt, werden wir uns dazu äussern.

Heute geht es jedoch um den Erhalt der Musikschule Köniz. Rein rationell gesehen müsste aufgrund der Ausgangslage die Notbremse gezogen werden. Ohne Untersuchungsbericht, ohne einen neuen Leistungsvertrag und ohne Budget ab 2019 müsste der Hahn geschlossen werden. Deshalb diskutierten wir in der FDP-Fraktion sämtliche Optionen hart und lange. Generell hat die Gemeinde keine Pflicht, zusätzliche Darlehen oder Nachkredite zu gewähren.

Die rationelle Ader muss jedoch jetzt in atypischer Weise ausgeschaltet werden und die emotionale Seite überwiegen lassen. Die Musikschule lässt niemanden kalt, selbst mich als Instrumenten-Analphabeten nicht. Dass die Musikschule Köniz sichtbar und spürbar um drei Mal 125'000 Franken betteln muss, zeigt wie ernst und offensichtlich die Lage ist.

Im Entscheidungsprozess haben uns folgende Gründe dazu bewogen, die Musikschule nicht untergehen zu lassen: Wir sehen einen neuen engagierten Vorstand am Werk. Wir spüren ein motiviertes Team und Lehrpersonen mit Herzblut. Wir wissen um die Wichtigkeit und die Bedeutung der Musikschule für die Könizer Bevölkerung. Wir wollen weiterhin ein zugängliches Musikschulangebot für Köniz und dies für alle. Keine Musikschule ist für die FDP-Fraktion keine Option. Die Gemeinde Köniz hat bereits einen wesentlichen à Fond perdu-Betrag investiert und eine externe Begleitung stellt eine gewisse Aktivität sicher.

Die Musikschule braucht nun einen Rettungsanker, damit sie nicht wie die Titanic untergeht. Für uns ist es jedoch keine Option, dem Antrag des Gemeinderats in allen drei Punkten zu folgen. Aus diesem Grund modifizieren wir unseren Antrag wie folgt: In Ziffer 1 folgen wir dem Antrag der GPK und wollen das Darlehen nicht erlassen, sondern die Rückzahlung um 1 Jahr verlängern. Das dient quasi als Pfand für den weiteren Verlauf.

In Ziffer 2 stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu.

In Ziffer 3 prüfen wir die Optionen Ablehnung oder Verlängerung. Wir rangen uns jedoch zu einer Zustimmung durch.

Nochmals: Die Personen an der Front sind nicht an der aktuellen Situation schuld. Mit unserer Variante ermöglichen wir einen für alle gangbaren Weg. Die Liquidität ist gesichert und wir haben buchhalterisch einen Garantierückbehalt von einem Drittel in der Hand bis alles geregelt ist.

Abschliessend möchten wir in aller Deutlichkeit betonen, dass die FDP-Fraktion in der Akte Musikschule zum letzten Mal Nachkrediten zustimmt. Weitere Kredite werden vorbehaltlich des Darlehens nicht akzeptiert.

Fraktionssprecher Bernhard Lauper, SVP: Auch die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem vorliegenden Geschäft auseinandergesetzt und stellt die Frage, ob hier eine „never-ending-Story“ entstehen wird. Wir hoffen, dass die Musikschule ihren Betrieb und vor allem ihren wertvollen Beitrag weiterhin leisten kann. Seitdem die Jugendmusik der Gemeinde Köniz nicht mehr besteht, lernen viele Junge in der Musikschule Köniz. Das ist vor allem für die Vereinskultur wertvoll. Wir hegen jedoch das Gefühl, dass das hier vom Gemeinderat Vorgelegte wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs ist und wir hier titanisch unterwegs sind. Insofern nur die Spitze des Eisbergs, weil wir wissen, dass das Ritterhaus mit einem klar festgelegten Verwendungszweck für die Musikschule erworben wurde. Im Bericht des Gemeinderats ist zudem ersichtlich, dass eine sukzessive Erhöhung der Gemeindebeiträge vorgesehen ist. Was so niedlich aussieht, von 34,5 Prozent auf 39 Prozent, macht jedoch 400'000 Franken aus, d. h. von 1,65 Millionen Franken auf neu 2,06 Millionen Franken oder beinahe 25 Prozent.

Das bewegt die SVP-Fraktion dazu, das Gesamtpaket doch massiv und kritisch zu hinterfragen. Für uns ist die vorliegende Sache kompliziert. Mit all dem hier dargelegten Zahlenmaterial, das in sich selber nicht ganz stimmt und das für uns schlecht nachvollziehbar ist, mit der Vorgeschichte der Musikschule und dem was uns für die Zukunft in Aussicht gestellt wird, sind wir fast überfordert. Für uns ergeben drei Mal 125'000 Franken insgesamt 375'000 Franken für den KMU-Betrieb Musikschule Köniz und dem können wir teilweise noch zustimmen, weil wir der Ansicht sind, dass dies teilweise berechtigt ist. Wobei wir hier festhalten müssen: Im Voraus Budgetfehlbeträge zu bewilligen, bevor das Geschäftsjahr überhaupt beendet ist, erstaunt uns doch etwas.

Zu den Prozentberechnungen eine Frage an Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Ist die Erhöhung des Betriebsbeitrags um 400'000 Franken damit abgehandelt oder wird das Parlament nochmals darüber beraten? Es erscheint uns doch wesentlich einschneidender, wenn in den nächsten Jahren mit 400'000 Franken pro Jahr gerechnet werden muss. Kann das Parlament dazu noch Stellung nehmen? Wenn ja, in welcher Form und wann findet dies statt?

Zum erhöhten Betriebsbeitrag: Mit der Begründung, die Gemeinde habe seit dem Bestehen der Musikschule immer zu wenig bezahlt, haben wir etwas Mühe. Das kantonale Musikschulgesetz legt den Finanzierungsschlüssel fest und das wird durch den Verband der bernischen Musikschulen begleitet und kontrolliert. Jetzt wird festgehalten, die Gemeinde Köniz habe hier einen Fehler gemacht. Für uns stellt sich die Frage, ob es wirklich sein kann, dass es zu solchen Mängeln kommen kann, wenn dies doch durch den Kanton begleitet wird. Können solche erheblichen Fehlbeträge entstehen? Hier macht uns die Begründung etwas Mühe.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK und auch den Antrag der SP-Fraktion vollumfänglich in jedem Punkt. Nur so wird in unseren Augen sichergestellt, dass die Organisation und Führung so geregelt ist, dass in Zukunft ein Betrieb in der Form wie wir uns dies vorstellen und wie er für die Gemeinde gut ist, sichergestellt werden kann, dass eine Leistungsvereinbarung Schritt für Schritt entstehen kann. Wir sehen mittlerweile eine Untersuchung als unumgänglich und empfehlen dies der GPK. Als die Untersuchung gefordert worden war, waren wir anderer Ansicht, weil uns schien, dass nur schmutzige Wäsche gewaschen werde. Heute sind wir der Ansicht, dass es notwendig ist, die Hintergründe zu sehen, vor allem die Klärung der finanziellen Vergangenheit. Wie kann ein Vereinsvermögen von gegen einer halben Million Franken innerhalb von zwei Jahren in einen Verlust von fast einer halben Million Franken umgewandelt werden?

Fraktionssprecher Mitte, Andreas Lanz, BDP: Die Musikschule Köniz ist eine wichtige kulturelle Institution unserer Gemeinde. Soweit besteht hier im Rosstal vermutlich Einigkeit. Dass die Musikschule aus verschiedenen Gründen in Schwierigkeiten geraten ist, ist zwar bedauerlich, jedoch aus Sicht der Mitte-Fraktion keine Katastrophe. Es gilt einen kühlen Kopf zu bewahren und mit den richtigen Massnahmen das Schiff – ich spreche hier nicht von der Titanic - wieder auf Kurs zu bringen. Über den Weg, wie dies geschehen soll, da ist vermutlich Schluss mit der Einigkeit. Die Mitte-Fraktion bezweifelt stark, dass mit der Annahme der Anträge des Gemeinderats alles wieder im Lot ist. Wir danken dem Gemeinderat trotzdem, dass wir hier im Parlament Gelegenheit erhalten, uns zu diesem Geschäft zu äussern.

Die aktuellen Probleme der Musikschule Köniz begannen mit der Pensionierung des ehemaligen Leiters Lorenz Hasler. Man kann hier nicht nur von Lorenz Hasler sprechen, sondern es war die gesamte Familie Hasler, die mit grossem, unermüdlichem Einsatz die Musikschule Köniz zu dem machte, was sie heute ist. Dass der Übergang zu einer neuen Leitung nicht einfach ist, versteht sich von selber. Der ehemalige Vorstand erkannte dies und arbeitete daran, wieder eine funktionierende Leitung und Administration auf die Beine zu stellen. Bei diesen Bemühungen ist der Vorstand unter anderem auch durch die Sparbemühungen der Gemeinde behindert worden. Weggänge und Ausfälle von Schlüsselpersonen im ersten Halbjahr 2017 führten zu einer veritablen Krise und deshalb beraten wir heute.

Der Übergang zur neuen Leitung ist jedoch nur ein Teil des Problems. Eine weitere Ursache ist das Vereinskonstrukt. Der Verein Musikschule ist sowohl Trägerverein als auch Unterstützungsverein. Im Verein sind Lehrpersonen der Musikschule Mitglied, die gleichzeitig vom Verein angestellt sind. Die Lehrpersonen der Musikschule können mit ihrer Mitgliedschaft im Verein die Ausrichtung der Musikschule mitbestimmen. Das ist ungefähr so, wie wenn Angestellte der Gemeinde Köniz gleichzeitig Parlamentsmitglieder wären, die über ihr Budget und ihre Ausrichtung und Strategie mitbestimmen könnten. Undenkbar. Es gibt Musikschulen in der Region Bern, die aus diesen strukturellen Problemen der Musikschule Köniz ihre Lehren gezogen und neu zwei Vereine gebildet haben: Einen Trägerverein, in dem die Gemeinden mit Musikschulen Mitglieder sind und einen zweiten Verein – einen Unterstützungsverein – in dem alle, die eine Musikschule finanziell und ideell unterstützen wollen, Mitglied sein können. Wir dürfen gespannt sein, wie lange es in der Gemeinde Köniz dauert, bis auch der Vorstand der Musikschule Köniz die Erkenntnis erhält, dass die strukturellen Probleme angepackt werden müssen. Zurzeit scheint die Lösung darin zu bestehen, dass mit viel Geld die personellen Ressourcen bei der Leitung und der Administration unverhältnismässig aufbläht werden. Und dies zulasten unseres defizitären Gemeindebudgets. Ich bin in der Informatik tätig und dort sagt man zu solchem Vorgehen „Dollartuning“. Hat man eine langsame Software, kauft man, anstatt sie zu verbessern, einen schnelleren und teureren Computer.

Im Zusammenhang mit der Vereinsstruktur und den Statuten des Vereins Musikschule Köniz stellt sich im Weiteren die Frage, was die richtige Reihenfolge der Anpassung der Strukturen, Statuten und dem Leistungsvertrag ist. Aus der Sicht der Mitte-Fraktion müssen zuerst die Frage der Vereinsstruktur und der notwendigen Statutenanpassungen vorgenommen werden. Die Anpassung der Leistungsvereinbarung kann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Mit dem bestehenden Konstrukt ist es sehr schwierig, überhaupt eine Leistungsvereinbarung vorzunehmen. Die Anpassung der Statuten liegt in der Hand des Vorstands und der Mitgliederversammlung des Vereins Musikschule Köniz.

Ich komme zum Antrag des Gemeinderats, der für uns mehr Fragen aufwirft als dass er beantwortet. Auf einige Punkte gehe ich kurz ein: Aus gut unterrichteten Kreisen haben wir erfahren, dass das Eigenkapital in der Bilanz 2016 des Vereins Musikschule Köniz nicht wirklich vorhanden war. Es ist einzig durch den Gemeindebeitrag entstanden, den die Gemeinde als Vorschuss für das Folgejahr abgab. Diesen Vorschuss leistet die Gemeinde Köniz regelmässig. Dieser Vorschuss wurde als Einnahme verbucht. Ein solcher Vorschuss müsste jedoch transitorisch verbucht werden, da er ins Folgejahr gehört und somit erscheint er nicht im Anlagevermögen.

Wir gehen davon aus, dass der Verein Musikschule Köniz nicht plötzlich über andere finanzielle Quellen verfügt, um sein Eigenkapital zu speisen und sich dieses Problem im letzten Jahr nicht einfach gelöst hat, sondern dass es weiterhin besteht. Dazu eine ketzerische Frage: Wenn das Eigenkapital denn vorhanden wäre, weshalb wird nicht dieses als erstes für die Sanierung der finanziellen Situation benützt? Wenn jedoch kein Eigenkapital vorhanden ist, kann es auch nicht eingesetzt werden.

Von den Erkenntnissen aus den teuren Beratungen – 162'000 Franken wurden für Finances Publiques und Alt-Regierungsstatthalter Andreas ausgegeben – ist im Bericht des Gemeinderats für uns nichts ersichtlich. Weshalb nicht? Weshalb darf nicht transparent aufgezeigt werden, was für diese 162'000 Franken herausgefunden wurde?

Die Aufteilung der Kosten nach anrechenbaren Kosten für den subventionierten Bereich und Kosten, die allein durch die Gemeinde zu tragen sind, entspricht nicht den kantonalen Vorgaben. Die Aufteilung von 85 Prozent subventioniert und 16 Prozent restliche Betriebskosten ist willkürlich und nicht nachvollziehbar. Uns schockiert jedoch am meisten die massive Steigerung bei den Budgetpositionen für die Musikschule Köniz, wie dies auf Seite 5 des Berichts des Gemeinderats dargestellt wird. Von 2018 bis 2021 wächst diese Budgetposition von 1,65 Millionen Franken auf 2,06 Millionen Franken, d. h. ein Ausgabenwachstum von 410'000 Franken oder 25 Prozent in vier Jahren. Und dies in einer Situation, wo über Sparpakete diskutiert wird. Sparwillen kann ich hier schwerlich erkennen. Wenn der Gemeinderat der Ansicht ist, er könne uns das Ausgabenwachstum mit seinem Bericht unterjubeln, hat er falsch gepokert. Die Mitte-Fraktion wird einer solchen Budgetposition bei künftigen Budgetberatungen nie zustimmen können. Ich bitte alle Parlamentsmitglieder, die sich auch sonst vehement gegen Mehrausgaben wehren, uns hier zu unterstützen.

Zu den Anträgen: Den Änderungsantrag der GPK zu Ziffer 1 unterstützen wir.

Von Gemeinderat Hans-Peter Kohler hörten wir, dass die 125'000 Franken aus Ziffer 3 unbedingt notwendig sind, um die Liquidität der Musikschule für 2019 sicherzustellen. Deshalb stellt die Mitte-Fraktion einen eigenen Änderungsantrag: Die Ziffern 2 und 3 werden wie folgt zusammengefasst: „Das Parlament beschliesst ein Darlehen von 250'000 Franken zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei der Musikschule Köniz. Das Darlehen ist befristet bis März 2020. Die Gewährung des Darlehens ist mit folgendem Auftrag verbunden: Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.3.2019 folgende Unterlagen vorzulegen: Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen. Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung. Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.“

Ich beantrage vor der Abstimmung einen Sitzungsunterbruch von 15 Minuten.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Ich danke für die erwartete intensive Diskussion.

Es ist mir ein grosses Anliegen, dem Parlament die gesamten finanzielle Konsequenzen der Sanierung transparent vorzulegen. Ich bin froh, dass diese Diskussion heute stattfindet. Ich kann nichts Schöneres vorlegen als z. B. den jährlich steigenden Beitrag, das ist Realität. Wir sprechen von Krediten im Rahmen einer Sanierung. Ohne diese Mittel sieht die Zukunft der Musikschule Köniz sehr düster aus, das ist Tatsache. Wir sprechen hier nicht von einer Vergoldung der Musikschule Köniz, sondern über Kredite und einen Darlehensersatz, damit der Fortbestand gesichert ist. Die Musikschule wird trotz dieser Mittel sehr gefordert sein, ihre Strukturen und Angebote kontinuierlich zu evaluieren und anzupassen. Selbstverständlich auch mit Blick auf die Finanzen. Um weiterfahren zu können, sind die finanziellen Mittel gemäss dem Antrag des Gemeinderats notwendig.

Während mehr als einem Jahr wurde mittels externen Mandaten viel gearbeitet. Dazu wurde geäussert, dass diese Arbeit nirgends ersichtlich sei. Dank dieser Arbeit der externen Mandate liegt jedoch überhaupt ein Antrag des Gemeinderats vor. Die Aufarbeitung war eine Riesenarbeit, um überhaupt eine Übersicht vorzunehmen, wie sie Ihnen nun vorliegt. Ohne externe Hilfe wäre diese gar nicht zustande gekommen. Im Antrag des Gemeinderats noch aufzuzeigen, was alles geleistet worden war, wäre zu umfangreich. Ich kann Ihnen jedoch jederzeit Auskunft darüber geben.

Der Personalbestand der Musikschule Köniz konnte und muss, um Stabilität zu erreichen, aufgestockt werden. Zudem ist sehr gut, dass für den neuen Vorstand motivierte Personen gefunden wurden, das sind alles positive Signale. Die Musikschule wurde während Jahren, mit grossem persönlichem Einsatz aller Beteiligten ehrenamtlich geführt. Dies jedoch ohne der Grösse entsprechenden Führungs- und Kontrollinstrumente inklusive entsprechendem Stellenetat. Wir sprechen hier von der zweitgrössten Musikschule im Kanton Bern, mit sehr motivierten Mitarbeitenden, aber auch ebenso motivierten Musikschülerinnen und -schüler.

Wir sprechen auch von einem mittelgrossen Unternehmen mit mehr als 80 Lehrpersonen und einem Umsatz zwischen 4 und 5 Millionen Franken. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen. Wenn die Mehrheit des Parlaments das Darlehen nicht erlassen möchte, wie von der GPK in Ziffer 1 beantragt, kann man der Ansicht sein, dass dies ein gangbarer Weg ist, weil keine liquiden Mittel entzogen werden. Auch wenn der Gemeinderat dem Darlehenserslass den Vorzug geben möchte. Das Problem wird mit der Verlängerung nach vorne geschoben. Die Musikschule Köniz hat diese Mittel bitter nötig. Es ist jedoch effektiv so: Die liquiden Mittel sind auch mit der Verlängerung des Rückzahlungs trotz dem vorhanden.

Wie eingangs erklärt, ist der Antrag der GPK zu Ziffer 3 ein heikler Weg, weil viel Zeit verloren geht und zudem die liquiden Mittel fehlen. Nochmals: Es kann gut sein, dass der Gemeinderat wiederum Geld vorschiesen muss, bis der ganze Prozess beendet ist. Nun kann man der Ansicht sein, dass man so vorgehen könne, weil in der Vergangenheit so vorgegangen worden sei. Ich persönlich hätte dieses Vorgehen lieber nicht mehr gehabt. Sie entscheiden jedoch. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es besser ist, die Kredite zu genehmigen, damit eine solide finanzielle Basis gesichert ist.

Zur Rechtsform: Sie ist wirklich untergeordnet. In diversen Gesprächen hat sich gezeigt, dass die vorliegenden Probleme nicht aufgrund der Rechtsform entstanden sind. Wichtig ist das Vorhandensein eines Pflichtenhefts sowie einer guten, klaren Leistungsvereinbarung. Die Rechtsform ist effektiv nicht von grosser Bedeutung.

Nach der gehaltenen Diskussion realisiere ich, dass Ihnen der Leistungsvertrag ein grosses Anliegen ist. Das verstehe ich wie auch der Gemeinderat und das ist sehr wichtig, um weiterarbeiten zu können. Sie müssen Vertrauen in den Gemeinderat haben, dass wir dies wollen, wie auch der Vorstand der Musikschule Köniz. Auch hier haben wir Unterstützung durch die Fachstelle Recht der Gemeinde Köniz. Die Leistungsvereinbarung wird zustande kommen und es wird kein Problem sein, die GPK laufend über den Fortschritt der Arbeiten zu informieren. Es ist immer noch mein Ziel, diese Arbeiten bis Ende Jahr abschliessen zu können.

Zu Christina Aebischer: Versäumnisse der Vergangenheit sind genannt worden. Das ist ein Punkt, jedoch nicht Aufgabe des Gemeinderats, Schuldige zu suchen und herauszufinden, was sich genau abgespielt hat. Die GPK kann entscheiden, ob sie hier Untersuchungen einleiten will. Dass man in die Vergangenheit schaute, um zu verstehen was alles nicht gut war, ist klar. Die finanziellen Flüsse mussten untersucht werden.

Zu Markus Willi, der fragte, weshalb noch kein Leistungsvertrag vorliegt: Wir nehmen diese Kritik auf. Damit aber beispielsweise Klarheit über die finanzielle Situation der Musikschule Köniz vorliegt, dafür war ein Riesenaufwand notwendig. Weil man sehr genau vorgehen wollte, musste bis nach den Sommerferien gewartet werden, um genaue Zahlen vorliegend zu haben. Diese Zahlen fliessen in die Leistungsvereinbarung ein. Bis alles durch die Gremien beraten worden ist, brauchte Zeit bis nach den Sommerferien. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, die finanzielle Lage der Musikschule Köniz klar, deutlich und transparent aufzuzeigen. Damit kann eine finanzielle Basis gelegt werden. Anschliessend kann der Leistungsvertrag schlussformuliert und fertiggestellt werden. An diesem zweistufigen Vorgehen sieht der Gemeinderat kein Problem.

Die Kredite nicht zu erlassen oder – wie nun von der Mitte-Fraktion beantragt – alles in Darlehensform zu bewilligen, ist eine Möglichkeit. Damit wird jedoch alles nach vorne geschoben. Man kann feststellen, dass zwar liquide Mittel vorhanden sind, das Problem wird damit jedoch nicht gelöst. Die Darlehen können nicht zurückbezahlt werden, das ist nicht möglich. Noch einmal: Die Musikschule Köniz wird mit den Krediten nicht vergoldet, sondern sie benötigt sie schlicht. Aber eben genügend Mittel, damit nicht in einem Jahr wieder dieselben Probleme vorliegen.

Zu Markus Will und dem Antrag, die Frist auf Ende Januar 2019 zu verkürzen: Auch hier werden die liquiden Mittel für 2019 nicht stark beeinträchtigt. Die Leistungsvereinbarung wird jedoch so oder so kommen. Dazu jedoch erneut Berichte verfassen und darüber dann zu diskutieren, ist nicht wirklich zielführend. Die Mittel sind so oder so notwendig. Ich kann nichts anderes vorlegen, als die Beträge, die mit einem Riesenaufwand evaluiert worden sind. Der Gemeinderat hat kein „Wischiwaschi“ vorgelegt, sondern die Situation dargelegt, wie sie zurzeit halt ist.

Zu Bernhard Lauper, der eine „never-ending-Story“ befürchtet: Dem ist nicht so und mit dem vorliegenden Antrag will der Gemeinderat die Geschichte abschliessen. Nicht die positive Geschichte der Musikschule, diese soll weitergehen. Aber die Diskussionen über die Finanzen mit Blick in die Zukunft wären mit diesem Antrag erledigt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist etwas anderes, darüber soll sich die GPK Gedanken machen.

Die Probleme der Musikschule seien nur die Spitze des Eisbergs wurde geäussert. Es besteht keine Titanic-Situation, unter der Wasseroberfläche ist nichts versteckt. Hier ist Transparenz geschaffen worden und das ist nicht mit einem Eisberg vergleichbar.

Die Äusserung, dass die Zahlen nicht nachvollziehbar sind, verstehe ich persönlich nicht. Die Zahlen wurden so eruiert. Beim Fehler handelt es sich um einen Übertragungsfehler, was aber an den Krediten und dem Darlehensersatz nichts ändert. Wir wollten Ihnen genügend Zahlenmaterial zur Verfügung stellen und haben versucht, dies verständlich darzustellen. Der Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinde ist etwas sehr Wichtiges und das wurde fürs bessere Verständnis farbig dargestellt. Dies damit Sie die Finanzierung verstehen. Weshalb die Gemeinde Köniz nicht die maximalen 39,5 Prozent bezahlt hat und dies niemandem aufgefallen ist, ist schwierig nachzuvollziehen. Somit herrschte hier eine Unterfinanzierung von der Gemeinde Köniz an die Musikschule. An dieser Tatsache kann ich jedoch nichts mehr ändern. Deshalb wird dieser Beitrag nun jährlich erhöht.

Andreas Lanz fragte, ob man sich zu diesem jährlichen Anstieg äussern kann: Im Antrag des Gemeinderats ist diese Erhöhung aufgezeigt und darüber kann man im jährlichen Budgetprozess diskutieren. Dort wird der Betrag ersichtlich sein. Hätten wir diese Zahlen nicht aufgezeigt, würde keine Transparenz bestehen. Das Dollartuning habe ich nicht verstanden, hier bitte ich um eine bilaterale Erklärung in der Pause.

Ich habe bereits erwähnt, dass die externen Beratungen Geld gekostet haben, jedoch ihren Preis wert sind. Die Aussensicht war unbedingt notwendig. Die Gemeinde alleine hätte dies nicht aufarbeiten können. Ich danke an dieser Stelle jenen, die daran gearbeitet haben, sie haben saubere und sehr gute Arbeit geleistet.

Andreas Lanz ist schockiert über die steigenden Gemeindebeiträge. Er äusserte sich dahingehend, dass der Gemeinderat falsch gepokert habe. Nach der Feststellung, dass die Musikschule Köniz von der Gemeinde her unterfinanziert ist, musste für die Erhöhung gesorgt werden und eine sukzessive jährliche Erhöhung ist besser als einen Globalbeitrag zur Verfügung zu stellen. Über die jährliche Erhöhung kann anlässlich der Budgetdebatte jeweils diskutiert werden. Die Wahrheit tut manchmal weh oder stört; daran kann der Gemeinderat jedoch nichts ändern. Wir hatten den Auftrag, für Transparenz zu sorgen.

Markus Willi, SP: Einerseits ist gut, stellte die Mitte-Fraktion ihren Änderungsantrag, darüber würde ich gerne diskutieren. Andererseits ist schade, wurde dieser erst jetzt gestellt, denn so kann nicht ausführlich darüber diskutiert werden.

Ich bitte jemanden von der Mitte-Fraktion darum, den Antrag zu erklären und Argumente weshalb und wieso abzugeben. Ich hätte hier gerne eine saubere Auslegeordnung, bevor wir während des Sitzungsunterbruchs in der Fraktion darüber diskutieren.

Andreas Lanz, BDP: Uns geht es mit dem Antrag darum, keine Präjudiz zu schaffen, dass Gelder im Voraus ausgegeben werden, sondern dass – wie in Ziffer 1 – die Rückzahlungsfrist für das Darlehen verlängert wird. Auch die Mittel der Ziffern 2 und 3 sollen vorläufig als Darlehen gesprochen werden. Somit ist die Liquidität sichergestellt. Wir sind deshalb darauf gekommen, weil Gemeinderat Hans-Peter Kohler erläuterte, dass diese Mittel unbedingt notwendig sind. Weil die Liquidität sofort notwendig ist, beantragen wir konstruktiv, die Mittel zwar zur Verfügung zu stellen, jedoch als Darlehen. Zu einem späteren Zeitpunkt kann dann darüber beraten werden, ob diese Mittel zurückbezahlt werden müssen oder ob sie erlassen werden. Im Übrigen wollen wir, dass die GPK – wie in der Tischvorlage aufgeführt – informiert wird, das bleibt sich gleich. Dies jedoch nicht nur über Ziffer 3, sondern zu den Ziffern 2 und 3 gemeinsam.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Klar ist, dass wir alle das Beste für die Musikschule Köniz wollen. Mit den Darlehen werden die liquiden Mittel vorhanden sein. Ich bin froh, wurde verstanden, dass die Musikschule Köniz diese Mittel dringend benötigt. Parallel findet der Austausch mit der GPK in Bezug auf den Leistungsvertrag statt. Ich äussere mich hier transparent und halte fest, dass für mich der Darlehensersatz hochwahrscheinlich ist. Für mich ist zu 100 Prozent klar, dass diese Mittel nicht zurückbezahlt werden können. Mit der Genehmigung der Darlehen wären die liquiden Mittel gesichert und der Leistungsvertrag wird ausgearbeitet. Der Gemeinderat möchte eine andere Lösung. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Die Sitzung wird für eine Pause unterbrochen.

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Über den vor der Pause gestellten Antrag der Mitte-Fraktion kann nicht so abgestimmt werden, wie er von Andreas Lanz gestellt worden ist. Ich bitte ihn nach vorne, denn hier muss eine Änderung vorgenommen werden, da dieser nicht für alle fair wäre.

Andreas Lanz, Mitte-Fraktion: Unser Antrag war, Ziffer 2 und 3 zusammenzufassen und das ist nicht möglich. Deshalb stellen wir zwei Änderungsanträge, je einen zu den Ziffern 2 und 3.

Änderungsantrag zu Ziffer 2 des Antrags des Gemeinderats: Das Parlament beschliesst ein Darlehen von 125'000 Franken zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen der Musikschule Köniz. Das Darlehen ist befristet bis März 2020. Die Gewährung des Darlehens ist mit folgendem Auftrag verbunden: Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule Köniz und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31. Januar 2019 folgende Unterlagen vorzulegen: Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen. Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung. Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird. Änderungsantrag zu Ziffer 3: Das Parlament beschliesst ein Darlehen von 125'000 Franken zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei der Musikschule Köniz. Das Darlehen ist befristet bis März 2020. Die Gewährung des Darlehens ist mit folgendem Auftrag verbunden: Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31. Januar 2019 folgende Unterlagen vorzulegen: Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen. Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung. Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird. Damit kann sauber über die einzelnen Änderungsanträge abgestimmt werden.

Parlamentspräsident Heinz Nacht: ich erkläre das Abstimmungsszenario: Es liegen Änderungsanträge der GPK und der SP-Fraktion vor, siehe Tischvorlage. Die FDP-Fraktion stellte heute einen Änderungsantrag zu Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderats, der sich inhaltlich jedoch mit jenem der GPK deckt. Hinzu kommen Änderungsanträge der Mitte-Fraktion, anstelle von Nachkrediten Darlehen zu gewähren.

Wir stimmen wie folgt ab: Erstens erfolgt die Abstimmung über Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderats, Verlängerung oder Erlass Darlehen wie folgt: Der Antrag der GPK-/FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt. Es folgt die Schlussbestimmungen über den Sieger.

Zu Ziffer 2: Hier wird der Antrag des Gemeinderats – Nachkredit von 125'000 Franken für das Budget 2018 – dem Änderungsantrag der Mitte-Fraktion – Darlehen mit Bedingungen - gegenübergestellt. In die Schlussabstimmung wird der Sieger der beiden Abstimmungen gelangen.

Zu Ziffer 3: Hier erfolgt die Abstimmung über die Gegenüberstellung des Rückweisungsantrags der GPK jenem der SP-Fraktion. Es folgt die Schlussabstimmung über die Rückweisung. Wird die Rückweisung abgelehnt, wird über den Antrag des Gemeinderats – Nachkredit 2019 – gegen den Antrag der Mitte-Fraktion – Darlehen und Bedingungen - abgestimmt. Es folgt die Schlussabstimmung über den Sieger. Gibt es keine Einwände gegen das Vorgehen?

Beschluss Ziffer 1 GR-Antrag

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der GPK zu: Das geschuldete Darlehen von CHF 125'000 der Musikschule Köniz an die Gemeinde wird um ein Jahr, d. h bis März 2020 verlängert.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Beschluss Ziffer 2 GR-Antrag (Gegenüberstellung)

Bei der Gegenüberstellung des Gemeinderatsantrags gegen den Antrag der Mitte-Fraktion obsiegt derjenige der Mitte-Fraktion:

Antrag Gemeinderat: Das Parlament beschliesst einen Nachkredit von CHF 125'000 für das Budget 2018 für die Betriebskosten der Musikschule Köniz zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018 per 1. Dezember 2018; Konto 3720.3635.71
(16 Stimmen)

Antrag Mitte-Fraktion: Das Parlament beschliesst ein Darlehen von CHF 125'000 zu Lasten des Budgets 2018 zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen für die Musikschule Köniz, befristet bis Ende März 2020.
(24 Stimmen)

Beschluss Ziffer 2 GR-Antrag (Schlussabstimmung)

Das Parlament beschliesst ein Darlehen von CHF 125'000 zu Lasten des Budgets 2018 zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen für die Musikschule Köniz, befristet bis Ende März 2020 mit folgendem Auftrag:

Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.1.2019 folgende Unterlagen vorzulegen:

- Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibung
- Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung
- Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.

(Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen)

Lucas Brönnimann, GLP: Mir ist nicht ganz klar, wie über Ziffer 3 abgestimmt werden soll. Hoffentlich kann mir jemand dies erklären. Insbesondere wüsste ich gerne, was die Auswirkungen der beiden Änderungsanträge sind.

Andreas Lanz, BDP: Für den Fall, dass die Rückweisung nicht angenommen würde, könnte dann über den Antrag zu Ziffer 3 der Mitte-Fraktion gegenüber dem Antrag des Gemeinderats abgestimmt werden. Wir möchten damit bewirken, dass für die Überbrückung des Liquiditätsengpasses der Musikschule Köniz ein Darlehen gewährt wird. Im Falle der Annahme der Rückweisung sind wir der Ansicht, dass dies die Höchststrafe für die Musikschule Köniz wäre, die damit rasch wieder in einen Liquiditätsengpass geraten wird. Deshalb möchten wir ein Darlehen beschliessen, das bei Bedarf ausbezahlt werden kann. Somit können die Liquiditätsengpässe überbrückt werden. Das Darlehen ist befristet und verbunden mit einem Auftrag.

Beschluss Ziffer 3 GR-Antrag (Gegenüberstellen der Rückweisungsanträge)

Bei der Gegenüberstellung der Rückweisungsanträge der GPK und der SP obsiegt derjenige der SP:

Antrag GPK: Die GPK empfiehlt, den Antrag zurückzuweisen mit folgendem Auftrag:

Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.3.2019 folgende Unterlagen vorzulegen:

- Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen.
- Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung.
- Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.

(7 Stimmen)

Antrag SP: Der Antrag ist zurückzuweisen mit folgendem Auftrag:

Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.1.2019 folgende Unterlagen vorzulegen:

- Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen.
- Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung.
- Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.

(26 Stimmen)

Beschluss Ziffer 3 GR-Antrag (Schlussabstimmung Rückweisung)

Das Parlament beschliesst, den Antrag des Gemeinderats zurückzuweisen mit folgendem Auftrag:
Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.1.2019 folgende Unterlagen vorzulegen:

- Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen.
- Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung.
- Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.

(Abstimmungsergebnis: 16 für Rückweisung, 14 dagegen)

Beat Haari, FDP: Ich beantrage die Wiedererwägung von Ziffer 3 des GR-Antrags.

Beschluss Wiedererwägung Ziffer 3 GR-Antrag

Dem Antrag von Beat Haari, FDP, auf Wiedererwägung von Ziffer 3 des GR-Antrags wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Markus Willi, SP: Ich ziehe den Rückweisungsantrag der SP zurück.

Beschluss Ziffer 3 GR-Antrag (Rückweisung)

Folgender Antrag der GPK auf Rückweisung wird abgelehnt:

Die GPK empfiehlt, den Antrag zurückzuweisen mit folgendem Auftrag:

Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.3.2019 folgende Unterlagen vorzulegen:

- Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibungen.
- Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung.
- Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird

(10 für Rückweisung, offensichtliches Mehr dagegen)

Beschluss Ziffer 3 GR-Antrag

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der Mitte-Fraktion zu: Das Parlament beschliesst ein Darlehen von CHF 125'000 zu Lasten des Budgets 2019 zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen für die Musikschule Köniz, befristet bis Ende März 2020 mit folgendem Auftrag:

- Die GPK ist über die zukünftige Ausrichtung der Musikschule und den entsprechenden Finanzbedarf vertieft zu informieren und zu dokumentieren. Ihr sind bis 31.1.2019 folgende Unterlagen vorzulegen:
- Bericht über die Prüfung der Rechtsform inkl. Organigramm und Stellenplan mit Funktionsbeschreibung
- Neue Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Verein inkl. Controllingkonzept und Prüfung einer allfälligen Kostenplafonierung
- Budget 2019 der Musikschule und Finanzplan 2020 – 2023 der auch aufzeigt, welchen Beitrag die Musikschule an die allgemeinen Sparbemühungen der Gemeinde leisten wird.

(Abstimmungsergebnis: 0 für GR-Antrag, Mehrheit offensichtlich für Antrag Mitte-Fraktion)

Abfallreglement, Änderung betreffend Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs

Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Nach bisher geltendem Bundesrecht liegt das Entsorgungsmonopol für Siedlungsabfälle aus Haushalten und Unternehmen bei der öffentlichen Hand. Entsprechend hat die Abfallbewirtschaftung der Gemeinde Köniz seit vielen Jahren ihre Dienstleistungen erbracht und dafür Abfallgebühren erhoben. Das Entsorgungsmonopol der öffentlichen Hand für Siedlungsabfälle gemäss Art. 31b des Umweltschutzgesetzes vom 7. Oktober 1983 (USG) wurde aufgrund des parlamentarischen Entscheids zur Motion Fluri vom Bund auf Verordnungsstufe angepasst. Mit der am 1. Januar 2019 in Kraft tretenden Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA) wurde der Begriff „Siedlungsabfall“ neu definiert.

Ab dem 1. Januar 2019 gelten demnach nur noch als Siedlungsabfälle:

- aus Haushalten stammende Abfälle sowie
- Abfälle aus Unternehmen mit weniger als 250 Vollzeitstellen, deren Zusammensetzung betreffend Inhaltsstoffen und Mengenverhältnissen mit Abfällen aus Haushalten vergleichbar ist (Art. 3 Bst. a VVEA).

Dementsprechend sind alle Abfälle aus Unternehmen mit schweizweit 250 und mehr Vollzeitstellen keine Siedlungsabfälle mehr. Darin eingeschlossen sind auch alle Unternehmen, mit zum Teil vielen, kleinen Filialen an verschiedenen Standorten. Alle in diesen Unternehmen anfallenden Abfälle sind als „übrige Abfälle“ bzw. als Abfälle ausserhalb des Entsorgungsmonopols zu qualifizieren und müssen vom Inhaber entsorgt werden. Diese Abfälle fallen folglich nicht mehr unter das Entsorgungsmonopol und den Entsorgungsauftrag der Gemeinde und dürfen deshalb auch nicht mehr über die Abfallgebühren finanziert werden. Ab dem 1.1.2019 sind Unternehmen mit schweizweit 250 und mehr Vollzeitstellen für die Entsorgung und Finanzierung all ihrer Abfälle selber verantwortlich.

Den Gemeinden mit einem eigenen Entsorgungsbetrieb steht es allerdings offen, als Teilnehmer des freien Marktes am Wettbewerb zur Entsorgung von Abfällen ausserhalb des Monopols teilzunehmen. Dazu ist es notwendig, dass die Entsorgung von Markt- und Monopolabfall buchhalterisch klar getrennt wird. Es muss sichergestellt werden, dass der Marktbereich nicht systematisch durch Abfallgebühren aus dem Monopolbereich quersubventioniert wird.

2. Konsequenzen der Neudefinition, Teilnahme am freien Wettbewerb

In der Gemeinde Köniz sind Unternehmen an rund 100 Standorten von der Neudefinition betroffen. Diese dürfen ab 1.1.19 ihre Abfälle nicht mehr der ordentlichen Abfuhr der Gemeinde übergeben. An diese Unternehmen darf die Gemeinde insbesondere keine Grundgebühr mehr verrechnen. Der Gebührenausschlag (Grund- und Mengengebühren) wird für die Gemeinde Köniz auf 90'000.- CHF bis 165'000.- CHF pro Jahr geschätzt. Dies macht ca. 2 bis 3% der heutigen Gebühreneinnahmen aus.

Für die Abfallbewirtschaftung sind die Veränderungen nicht einschneidend. Der Gebührenausschlag sowie der Ausschlag an Wertstofflös (Papier/Karton) kann kurzfristig kompensiert werden. Aufgrund der Anpassung des Entsorgungsmonopols ist deshalb kurzfristig keine Gebührenerhöhung notwendig.

Für Unternehmen mit grossen Filialen resp. Standorten in der Gemeinde stellt die Neudefinition keine grosse Herausforderung dar. Viele Unternehmen entsorgen ihre Abfälle heute schon in grossen Presscontainern und nicht über die Abfuhr der Gemeinde. Insbesondere Unternehmen mit einem professionellen Logistiksystem wie z.B. Migros und Coop können ihre Abfälle ökologisch und ökonomisch entsorgen.

Unternehmen mit kleinen Filialen wie z.B. Kiosk, Banken oder Versicherungen, die nicht durch den Konzern versorgt werden, stellt die Neudefinition vor grosse Herausforderungen. Für diese kann es aufwändig und teuer sein, eine eigene Entsorgung zu organisieren.

Die Abteilung Umwelt und Landschaft möchte diesen Filialen eine Möglichkeit bieten, ihre Abfälle weiterhin unkompliziert, ökologisch und ökonomisch durch die Gemeinde entsorgen zu lassen. Dazu soll der Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie die formell rechtliche Grundlage erhalten, am freien Wettbewerb teilzunehmen.

3. Teilrevision des Abfallreglements

Damit eine rechtliche Grundlage zur Entsorgung von Abfällen ausserhalb des Monopols vorliegt, muss das Abfallreglement der Gemeinde Köniz mit einem Artikel ergänzt werden. Der von der Fachstelle Recht überarbeitete Entwurf liegt als Beilage 1 diesem Antrag bei.

4. Umsetzung der Abfuhr von Abfällen ausserhalb des Monopolbereichs

Die Abfälle ausserhalb des Entsorgungsmonopols sollen weiterhin auf den heutigen Sammeltouren, zusammen mit den Monopolabfällen gesammelt und entsorgt resp. einer Verwertung zugeführt werden. Ziel ist es nicht, grosse Unternehmen aktiv zu akquirieren, sondern ein marktfähiges Angebot für kleine Filialen zu schaffen. Mit den interessierten Betrieben wird einzeln ein privatwirtschaftlicher Vertrag abgeschlossen.

Die Finanzierung der Abfuhr von nicht-monopol Abfällen wird sich aus einer jährlichen Servicepauschale und einer Mengenabgeltung zusammensetzen. Die genaue Ausarbeitung des Finanzierungsmodells erfolgt im Herbst/Winter 2018. Für die Festlegung des Finanzierungsmodells und der Tarife ist die Abteilung Umwelt und Landschaft zuständig. Anschliessend wird das Angebot den ortsansässigen Filialen unterbreitet.

Zur buchhalterischen Trennung von Monopol- und Nicht-Monopolabfuhr werden zusätzliche Konten für die Abrechnung der Abfuhr von Abfällen ausserhalb des Monopols eröffnet. Erträge, die direkt diesen Abfällen zugewiesen werden können (z.B. Servicepauschale), werden direkt verrechnet. Aufwände wie Personal- und Sachkosten werden mittels interner Verrechnung nach einem Verteilschlüssel verbucht.

Ziel ist es, die Abfuhr von Nicht-Monopolabfällen so zu gestalten, dass sowohl für die Kunden wie auch für die Verwaltung möglichst wenig zusätzlicher Aufwand entsteht.

5. Folgen bei Ablehnung

Sollte die Ergänzung im Abfallreglement abgelehnt werden, ist die Gemeinde von der Entsorgung von Abfällen ausserhalb des Monopolbereichs ausgeschlossen. Dies hat vor allem für kleine Filialen (Kiosk, Banken, etc.) Konsequenzen und erschwert die korrekte Erfüllung der Entsorgungsaufgabe der Gemeinde.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:
2. Die Änderung des Abfallreglements vom 20. August 2001 wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
3. Der Gemeinderat bestimmt das Datum des Inkrafttretens dieser Änderung

Köniz, 19. September 2018

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Teilrevision Abfallreglement Artikel 7a

Diskussion

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Die Unterlagen zum Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, liegen Ihnen vor. Mit Mail vom 29.10.2018 an das Parlament habe ich darauf hingewiesen, dass Anträge zum Reglement schriftlich vorliegen müssen.

Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Nach der Detailberatung des Reglements erfolgt die Abstimmung.

GPK-Referent Mitte-Fraktion, Thomas Marti, GLP: Vor uns liegt ein Antrag des Gemeinderats über die Änderung des Abfallreglements. Neu soll die Gemeinde Köniz auch ausserhalb ihres Entsorgungsmonopols Dienstleistungen anbieten können. Das soll mit dem neuen Art. 7a ermöglicht werden. Der Gemeinderat beantragt uns diese Ergänzung aus folgenden Gründen: Auf Bundesebene ist die Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen geändert worden. Neu sind Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden aus dem Abfallmonopol entlassen. Ihr Abfall gilt nicht mehr als Siedlungsabfall. Diese Regelung tritt per 1.1.2019 in Kraft. Da die Anzahl der Mitarbeitenden auf das Gesamtunternehmen bezogen ist und nicht standortbezogen, heisst dies, dass Niederlassungen solcher Unternehmen aus dem Abfallmonopol entlassen werden. Das bedeutet beispielsweise, dass die Kiosk- oder Bankfilialen ihren Abfall nicht mehr der Gemeindeentsorgung zuführen können oder dürfen. Eine separate Entsorgung solcher Kleinabfälle macht keinen Sinn. Damit die Gemeinde solchen Abfall wieder entsorgen kann, muss das Reglement angepasst werden, damit sie ihre Dienste auch auf dem freien Markt anbieten kann. Damit will die Gemeinde nicht irgendein Konkurrenzprodukt aufbauen, sondern es geht hier darum, dass nach wie vor die Abfallentsorgung solcher Kleinmengen ermöglicht bleibt. Zur buchhalterischen Trennung von Monopol- und Nichtmonopolabfuhr müssen zusätzliche Konten für die Abrechnung der Abfuhr von Abfällen ausserhalb des Monopols eröffnet werden.

Die GPK hat das Geschäft anlässlich ihrer Beratungen aufgrund der Informationen des Direktionsvorstehers als entscheidend beurteilt und empfiehlt dem Parlament einstimmig, der Änderung des Abfallreglements zuzustimmen.

Parlamentspräsident Heinz Nacht hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Mitte-Fraktion, Casimir von Arx, glp: Die Abfälle von Unternehmen mit 250 oder mehr Vollzeitstellen gelten ab 2019 nicht mehr als Siedlungsabfall. Sie fallen deshalb nicht mehr unter das Entsorgungsmonopol der öffentlichen Hand. Auch Kioske und Versicherungsfilialen müssen nun selber eine Müllabfuhr organisieren, obwohl der Kehrriechwagen aus dem Entsorgungsmonopol wahrscheinlich direkt vor dem Geschäft vorbeifährt. Man darf wohl sagen, dass die neue Regelung nicht zu den Spitzenleistungen der Bundespolitik zählt. Es wäre besser gewesen, auf die Grösse des Unternehmens am Standort abzustellen anstatt auf die schweizweite Grösse. Weil wir hier für die Gemeindepolitik zuständig sind und nicht für die Bundespolitik, müssen wir nun mit der neuen Regelung arbeiten.

Der Gemeinderat schlägt vor, das Problem zu lösen, indem die Gemeinde ihre Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung auch auf dem freien Markt anbietet, also ausserhalb des Monopols. Das scheint aus heutiger Sicht vernünftig und für viele Beteiligte ist dies die einfachste Lösung. Die Gemeinde fährt mit dem Kehrriechwagen sowieso bei den meisten betroffenen Geschäften vorbei, weil in der Nachbarschaft Privathaushalte bestehen, deren Abfälle unter das Monopol fallen. Trotzdem sollte das Geschäft nicht diskussionslos durchgewinkt werden. Der Gemeinderat schlägt vor, dass der Staat potenziell als direkter Konkurrent von Privaten auf dem freien Markt auftritt. Bei dieser Konstellation sollten die liberalen Alarmglocken läuten, wie wir aufgrund von aktuellen Entwicklungen aus der Kantonalpolitik wissen. Ich gebe zu, im vorliegenden Fall läuten sie nicht allzu laut. Das liegt daran, dass heute vermutlich kein privater Anbieter darauf gewartet hat, bei einzelnen Filialgeschäften in der Gemeinde Köniz den Müll abzuholen und dafür einen zusätzlichen Kehrriechwagen auf die Strasse zu schicken. Auch der Umwelt, den Anwohnenden und dem Verkehrsfluss wäre damit nicht unbedingt gedient. Solches kann sich jedoch mit der Zeit ändern. Wer weiss, vielleicht wird in einigen Jahren der Müll mit einer Drohne abgeholt. Das könnte auch etwas für kleinere private Akteure sein. Dann könnte plötzlich die Konkurrenz durch die Gemeinde tatsächlich zu einem ordnungspolitischen Problem werden.

Wir halten deshalb den Gemeinderat an, im Hinterkopf zu halten, dass es heikel ist, wenn der Staat als potenzieller Konkurrent von Privaten auftritt und rufen ihn zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Tätigkeit auf dem freien Markt auf.

Das Geschäft wirft eine weitere Frage auf: Wenn die Gemeinde auf dem freien Markt auftritt, müsste sie sich dann nicht etwas marktnäher organisieren? Sollte die Müllabfuhr voll in der Verwaltung integriert bleiben oder nicht? Uns interessiert, wie der Gemeinderat über diese Fragen denkt. Immerhin hat er sich als Legislaturziel gesetzt, zu analysieren, welche Dienstleistungen auch extern erbracht werden können.

Dem Antrag des Gemeinderats stimmt die Mitte-Fraktion zu.

Fraktionssprecherin SP, Arlette Münger: Der in den Haushalten anfallende Abfall gilt als Siedlungsabfall und wird durch die Gemeinde entsorgt. Ich gehe nicht näher darauf ein, was in einem Kehrichtsack alles stecken könnte. Solcher Abfall fällt auch in Firmen an und zurzeit gilt dieser noch als Siedlungsabfall und wird durch die Gemeinde entsorgt. Ab 1.1.2019 gilt dieser Abfall bei Firmen, die schweizweit mehr als 250 Vollzeitstellen haben, nicht mehr als Siedlungsabfall. Schweizweit bedeutet dass Bankfilialen oder Kioske, die an Ketten angeschlossen sind, wie auch kleine Denner-Filialen, ihren ganz normalen Kehricht nicht mehr in Gemeindeabfallsäcke stecken und nicht mehr in Container werfen dürfen, die von der Gemeinde geleert werden. Das kleine Geschenk-Lädli und die selbstständige Coiffeuse dürfen dieselbe Menge Abfall immer noch durch die Gemeinde entsorgen lassen. Die Bank- und Kioskfamilien müssen sich nun auf dem Markt neu orientieren und eine private Abfallentsorgungsfirma finden, die ihre zwei 60-Liter-Abfallsäcke einmal pro Woche abholen wird. Vielleicht entscheiden sich die Bankfiliale und der Kiosk nicht für dieselbe Abfallentsorgungsfirma und somit kurven dann am Montag der Kehrichtwagen der Gemeinde, am Dienstag jener der privaten Firma, die den Kehricht der Bankfiliale abholt und am Mittwoch die Firma, die den Kehricht vom Kiosk abholt, durch das Zentrum von Köniz. Das ist absurd und würde Mani Matter noch leben, würde er bestimmt ein Lied darüber schreiben.

Die SP-Fraktion geht mit dem Gemeinderat einig, dass dies keinen Sinn macht. Es liegt in niemandes Interesse die Gemeinde von der Entsorgung von Abfall ausserhalb des Entsorgungsmonopols auszuschliessen. Die Firmen sollen wenigstens die Möglichkeit haben, ihren Kehricht weiterhin durch die Gemeinde entsorgen zu lassen, sofern sie dies wollen. Der Gemeinderat hat bestätigt, dass die Umsetzung per 1.1.2019 möglich ist. Damit kann die Gemeinde Köniz den Firmen eine fristgerechte Lösung anbieten. Gerade die kleinen Geschäfte werden froh sein, wenn sie ihre Zeit nicht dafür aufwenden müssen, eine Firma zu suchen, die ihre zwei 60-Liter-Kehrichtsäcke einmal pro Woche abholen wird.

Die SP-Fraktion stimmt der Ergänzung des Abfallreglements durch den Art. 7a einstimmig zu.

Fraktionssprecherin Grüne, Dominique Bühler: Ab 2019 gilt eine neue Definition für den Siedlungsabfall. Erstaunlicherweise trifft dies eine hohe Anzahl – ca. 100 – kleinere Filialen wie Banken, Kleidergeschäfte und Kioske in der Gemeinde Köniz. Die Gemeinde Köniz stellt sich dieser Herausforderung aber frühzeitig. Das Abfallreglement wird angepasst. Den Firmen wird von der Gemeinde ein Dienstleistungsangebot unterbreitet und die Abfallentsorgung bleibt stressfrei und entspannt. Dass die Gemeinde Köniz am freien Wettbewerb teilnimmt, sehen wir als Win-Win für alle Beteiligten. Unsere Alarmglocken läuten nicht sehr laut, denn erstens haben die betroffenen Filialen keinen administrativen oder logistischen Mehraufwand. Ein Entsorgungsangebot zu finden, scheint gar nicht so einfach zu sein, das haben wir letzte Woche im Regionaljournal gehört. Die Gemeinde Köniz geht aktiv auf die Firmen zu und unterbreitet ein Dienstleistungsangebot. Zweitens können böse Überraschungen bei Gebühren für Haushaltskehricht vermieden werden. Leistungen wie Wertstoffsammlung oder Beratung in den Entsorgungshöfen, müssen kostendeckend offeriert werden. Mit dem Angebot der Gemeinde wird sich auch das Gewerbe weiterhin an diesen Kosten beteiligen. Drittens sind unsere bereits verkehrsbelasteten Dorfkerne und Ortsteile zu schade für zusätzlichen Verkehr. Es ist unnötig, dass Abfallwagen von unterschiedlichen Anbietern Sammeltouren abfahren, die eigentlich durch die Gemeinde bereits abgedeckt sind.

Für die Fraktion der Grünen ist die Änderung des Abfallreglements ökologisch, ökonomisch und logisch, vor allem wenn alle mittun. Wir folgen dem Antrag des Gemeinderats und sind gespannt, wie viel Firmen das Angebot der Gemeinde annehmen werden.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Ich danke den Verantwortlichen der DUB für die Umsetzung des Geschäfts, möchte jedoch Folgendes erwähnen: Wir baden hier einen Entscheid des Bundes aus, der nicht viel Sinn macht. Die Messgrösse für den Abfall von Stellenprozenten abhängig zu machen und dies schweizweit, macht keinen grossen Sinn. Zugleich wurde es verpasst, hier einen wirklichen Beitrag für die KMU zu leisten, die ihren Abfall selber entsorgen. Firmen mit weniger als 250 Stellenprozenten bezahlen weiterhin Gebühren, auch wenn sie ihren Abfall selber entsorgen. Von diesen gibt es in der Gemeinde Köniz etliche. Die Gemeinde Köniz ist daran jedoch nicht schuld, das wurde leider übergeordnet und schlecht gelöst.

Grundsätzlich können wir dem Geschäft so zustimmen, leider haben wir zurzeit keine andere Möglichkeit und können nur hoffen, dass sich vielleicht der Bund bei einer nächsten Überarbeitung diesem Thema annehmen wird und einen Mehrwert für die örtlichen KMU schafft. Wichtig finde ich auch die Aussage von Casimir von Arx, dass nicht Private konkurrenziert werden. Das ist heutzutage jedoch kein so grosses Thema. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäfts.

Ab 1.1.2019 wären wir nicht mehr gesetzeskonform, wenn der Abfall aus den erwähnten Betrieben durch die Gemeinde Köniz entsorgt würde. Wir müssen nun die Zeit nützen, denn der Zeitrahmen ist eng für die Information der entsprechenden Betriebe und den Abschluss von Verträgen bis Ende Jahr. Deshalb bin ich froh, dass wir dies jetzt bereits vornehmen können. Wir gewinnen mit der von Ihnen gewährten Beratung heute Abend sozusagen eine Woche und dafür danke ich.

Ich danke dem GPK-Referenten für die gute Zusammenfassung. Es ist tatsächlich so, dass dieses Gesetz zu absurden Situationen führen würde: Die selbstständige Apotheke könnte ihren Abfall weiterhin durch die Gemeinde entsorgen lassen und die Apotheken-Filiale vis-à-vis der Strasse müsste für ihren Abfall selber eine Lösung finden, obwohl in ihrer Filiale genau gleich viel Angestellte arbeiten wie in der selbstständigen Apotheke.

Zu Casimir von Arx, der von liberalen Alarmglocken sprach: Gemäss Abfallreglement müssen wir eine separate Buchhaltung führen, mit welcher nachgewiesen werden muss, dass keine Quersubventionierung vom Monopol- in den Nicht-Monopolbereich stattfindet. Mit dieser separaten Buchhaltung machen wir unsere Abfallbewirtschaftung fit für den freien Markt. Damit kommen wir der Forderung nach der Liberalisierung des Abfalls nach und ich sehe nicht, weshalb hier liberale Alarmglocken läuten sollten, wenn die Gemeinde im freien Markt Angebote macht, wir aber nachweisen können, dass keine Quersubventionierung stattfindet. Die Finanzkontrolle wird dies stetig prüfen. In Bezug auf die Organisation unserer Abfallverwertung kann ich hier festhalten: Das von Casimir von Arx erwähnte Legislaturziel nehmen wir ernst.

Arlette Münger erwähnte, dass die Zeit für die fristgerechte Umstellung drängt und deshalb danke ich Ihnen, dass dieses Traktandum heute noch beraten werden kann.

Zu Dominique Bühler: Es handelt sich tatsächlich um eine Win-Win-Situation, denn es wäre ein ökonomischer wie auch ökonomischer Blödsinn, wenn für einen oder zwei Abfallsäcke pro Woche separate Unternehmen durch die Gemeinde Köniz kurven müssten.

Zu Reto Zbinden, der von einem sinnlosen Entscheid des Bundes gesprochen hat: Ich habe mich in den Medien ähnlich geäussert. Er hielt zudem fest, dass es insofern Sinn macht, dass Grossbetriebe keine Gebühren bezahlen müssen. Im Fall der Gemeinde Köniz bezahlen Grossbetriebe keine Grundgebühren, sondern eine Gebühr pro Container und zusätzlich noch pro Leerung. Wenn ein Grossbetrieb den gesamten Abfall selber entsorgt, müssen in der Gemeinde Köniz keine Grundgebühren bezahlt werden.

Die neuen Gebühren werden wie folgt aussehen: Beim Graugut wurde festgestellt, dass die bereits heute in Rechnung gestellten Gebühren kostendeckend sind, d. h. jene Betriebe, die aus dem Monopol herausfallen, können – wenn sie den Vertrag mit der Gemeinde Köniz unterzeichnen – ihr Graugut weiterhin mit den entsprechenden Marken unserer Entsorgung mitgeben. Neu müssen wir für die Entsorgung des Papiers etwas verlangen, denn dieses ist für die Gemeinde ein Verlustgeschäft. Damit wir kostendeckend werden, muss neu von den Unternehmen eine Gebühr für jeden mit Papier gefüllten Container verlangt werden. Für einen 800-Liter-Container wird dies 160 Franken pro Jahr ausmachen. Dies bei einem Papierpreis von 35 Franken pro Tonne, den wir zurzeit lösen. Sollte der Papierpreis noch stärker sinken, müssten die Unternehmen entsprechend mehr bezahlen. Zusätzlich: Pro Vertrag, den wir mit Unternehmen schliessen, muss für den Betrieb der Recycling-Sammelstellen und des Werkhofs eine Jahrespauschale in der Grössenordnung von 50 Franken bezahlt werden.

Damit alles beim Alten bleibt, muss hier viel administrativer Aufwand geleistet werden. Diesen leisten wir, um den Unternehmen in der Gemeinde Köniz weiterhin gute Dienstleistungen anbieten zu können. Es handelt sich um ein Entgegenkommen an das Gewerbe. Die Gemeinde Köniz ist schweizweit eine der ersten Gemeinden, die auf die neue Regelung reagiert und damit per 1. Januar 2019 eine saubere Lösung anbieten kann.

Beschluss

1. Die Änderung des Abfallreglements vom 20. August 2001 wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
 2. Der Gemeinderat bestimmt das Datum des Inkrafttretens dieser Änderung
- (Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

Traktandum 8

PAR 2018/8

Verschiedenes**Diskussion**

Folgende Vorstösse werden neu eingereicht:

- 1831 Motion (Junge Grüne, Grüne, SP, Mitte) Motion „Mehr Zwischennutzung für Köniz!“
- 1832 Motion (SP Köniz) „Bezahlbare Wohnungen an der Sägestrasse in Köniz schaffen!“
- 1833 Interpellation (Mitte-Fraktion) „Köniz – eine Zentrumsgemeinde?!“

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Das Parlamentsbüro hat das Gesuch des Gemeinderats auf Verlängerung der Beantwortungsfrist für die Motion 1823 „Handwerker-Parkkarte für Gewerbetreibende“ auf den 20. April 2019 abgelehnt. Das Parlamentsbüro hat das Gesuch des Gemeinderats auf Verlängerung der Beantwortungsfrist der Interpellation 1827 „Wie will der Gemeinderat genügend Platz für das beliebte Tagesschulangebot schaffen?“ bis zum. Dezember 2018 bewilligt.

Heute ist eine E-Mail des Stadtrats in Bezug auf das gemeinsame Nachtessen vom 6. Dezember 2018 eingetroffen. Das Essen findet in der Heitere Fahne statt und es würde mich freuen, wenn das eine oder andere Parlamentsmitglied teilnehmen kann. Die Anmeldung erfolgt direkt bei der Stadt Bern.

Ich winde Ihnen allen einen grossen Kranz für die Disziplin, die Sie an der geführten, nicht ganz einfachen Sitzung gehalten haben. Der einzige Wermutstropfen ist, dass nächsten Montag eine Folgesitzung stattfinden muss. Ich wünsche allen eine gute Woche.

Im Namen des Parlaments

Heinz Nacht
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament